Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 30. Mittwoch, den 5. Februar 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Abonnenten-Versicherung.

Vor nahezu zwei Jahren, am 20. März 1911, wurde im Reichstage über das Verbot der Abonnentenversicherung verhandelt und eine Resolution angenommen, in der die Regierung um Vorlage einer Denkschrift über diese Versicherungsart ersucht wurde. Diesem Wunsche ist die Regierung nachgekommen; die Denkschrift ist dem Reichstage zugegangen.

Es handelt sich da um ein höchst eigenartiges System der Abonnentengewinnung, zu welchem zahlreiche bürgerliche Blätter, meist sogenannte „unparteiische“, seit dem Anfang der neunziger Jahre übergegangen sind. Unter Abonnentenversicherung ist zu verstehen diejenige Versicherung, welche die Abonnenten von Zeitungen oder Zeitschriften in ihrer Eigenschaft als Abonnenten genießen. Sie bezieht sich auf Unfallversicherung, Sterbegeldversicherung und Haftpflichtversicherung. Sie wird auf zweierlei Weise betrieben, erstens:

der Zeitungsverleger gewährt die Versicherung auf eigenen Namen und auf eigene Gefahr, der versicherte Abonnent tritt auch hinsichtlich der Versicherung nur zu der Zeitung selbst in Rechtsbeziehungen;

zweitens: der Verleger vermittelt die Versicherung seiner Abonnenten bei einer der Aufsicht unterliegenden Versicherungsgesellschaft, an die der Verleger eine nach verschiedenen Grundsätzen bemessene Prämie zahlt. Es ist das eine Versicherung zugunsten Dritter, ähnlich wie in dem Falle, in dem ein Unternehmer zugunsten seiner Angestellten und Arbeiter einen Kollektiv-Unfallversicherungsvertrag abschließt. Der Abonnent tritt hinsichtlich der Rechte und der Pflichten aus der Versicherung nur zu der Versicherungsgesellschaft in Beziehungen.

Die erstere Art wird als die unbeaufsichtigte, die zweite als die beaufsichtigte Abonnentenversicherung bezeichnet. Das kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung hat schon bei Beginn seiner Tätigkeit Gelegenheit gehabt, Stellung zu der Abonnentenversicherung in einigen Bescheiden zu nehmen. In einem dieser Bescheide (1902) wird ausgeführt:

„Die Gewährung der Unfallversicherung ist keineswegs als ein aus dem Wesen des Abonnementsvertrages sich erklärender Ausfluß des letzteren, als eine einem natürlichen Verkehrbedürfnis entsprechende Ausgestaltung des Abonnementsvertrages und daher lediglich als Bestandteil desselben aufzufassen. Vielmehr sind hier völlig verschiedenartige, einander fremde Dinge willkürlich und künstlich miteinander verknüpft, ohne daß dabei die Gewährung der Unfallversicherung ihre selbständige Bedeutung verloren hätte und in dem Abonnementsvertrag als dessen Bestandteil aufgegangen wäre. Wenn die Prämie für die Versicherung nicht ziffernmäßig in einem besonderen Betrag ausgeschieden ist, so ist sie doch in dem Abonnementspreis mit enthalten und bildet in derartigen Fällen erfahrungsgemäß, entsprechend der durch Gewährung der Unfallversicherung bedingten, keineswegs geringfügigen Belastung, einen nennenswerten Teil des Abonnementspreises.“

In der Folge hat es sich aber in der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Fälle als unmöglich herausgestellt, gegen den ohne Erlaubnis vor sich gehenden Betrieb der Abonnentenversicherung mit den Mitteln des Versicherungs-Aufsichtsgesetzes vom 12. Mai 1901 einzuschreiten. Das kaiserliche Aufsichtsamt macht geltend, Voraussetzung dafür wäre gewesen, daß die ordentlichen Gerichte die Anwendbarkeit der Strafvorschrift des § 108 Abs. 1 dieses Gesetzes auf den Betrieb der Abonnentenversicherung ohne vorgängige Erlaubnis angenommen hätten. Diese Gesetzesbestimmung lautet: „Wer im Inland das Versicherungsgeschäft ohne die vorgeschriebene Erlaubnis betreibt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.“

Die Gerichte haben nach einigem Schwanken, der Rechtsprechung des Reichsgerichts folgend, den strafrechtlichen Schutz jener Vorschrift gegenüber der vom Zeitungsverleger unmittelbar betriebenen Abonnentenversicherung in den weitaus meisten Fällen versagt. Sie stellen sich auf den Standpunkt, daß der Betrieb der Versicherung, soweit sie der Verleger auf eigene Rechnung und Gefahr gewährt, nicht unter jene Strafbestimmung falle.

Sowohl in der Presse aller Parteien, als auch in der Fachliteratur ist die Abonnentenversicherung im Laufe der Jahre schon oft zum Gegenstande von Erörterungen gemacht worden. Die Organe der Sozialdemokratie und auch ihre Vertreter im Reichstage haben stets die Ansicht vertreten, daß jede Verbindung vom Verlag- und Versicherungsbetrieb als ein Auswuchs des Wirtschaftslebens betrachtet werden müsse, dessen Beseitigung im Wege gesetzlicher Maßnahmen zu erstreben sei. In der Fachliteratur ist diese Ansicht von bürgerlicher Seite nur vereinzelt geteilt worden. Es wird da der Unterschied zwischen beaufsichtigter und unbeaufsichtigter Abonnentenversicherung hervorgehoben und geltend gemacht, daß bei der ersteren eine genügende finanzielle Sicherheit für die Erfüllung der den Abonnenten zustehenden Ansprüche durch das Eintreten einer Versicherungsgesellschaft verbürgt sei und außerdem von dem Aufsichtsamte für Privatversicherungen für die Ausmerzung schikanöser und unbilliger Versicherungsbedingungen gesorgt werde. In dieser Literatur stoßen wir auch auf die Behauptung, daß die Abonnentenversicherung in dieser Form „große volkswirtschaftliche Bedeutung erlangt und gerade durch die eigenartige Verbindung von Zeitungsverlag und Versicherung es erst ermöglicht sei, weiten, namentlich unbemittelten Kreisen eine billige Versicherung zugänglich zu machen“.

Die unbeaufsichtigte Abonnentenversicherung wird dagegen auch von dieser Seite meist als eine wirtschaftlich bedenkliche Erscheinung betrachtet. Es wird darauf hingewiesen, daß die hier in Betracht kommenden Versicherungsbedingungen fast stets sehr streng und den Abonnenten nachteilig, insbesondere mit zahlreichen Verwirkungsklauseln ausgestattet seien, und dies angesichts des großen für den selbstversichernden Verleger bestehenden Risikos auch sein müßte. Auch aus dem Mangel versicherungstechnischer Reserven und jeden staatlichen Materials für die Beurteilung des den Verleger treffenden Risikos werden Bedenken hergeleitet. Die Literatur der Versicherungs-Wissenschaft vertritt überwiegend die Ansicht, daß die unbeaufsichtigte Abonnentenversicherung schon auf Grund des bestehenden Rechts als schlechthin unzulässig zu betrachten sei — eine Auffassung, die auch das Aufsichtsamt für Privatversicherungen teilt und zu der das Reichsgericht sich in scharfem Widerspruch gesetzt hat mit seinen Entscheidungen, wonach es von den „Umständen des Falles“ abhängt, ob der Betrieb zulässig ist oder nicht, beziehungsweise, ob die Strafvorschrift des § 108 des Versicherungsaufsichtsgesetzes anzuwenden ist.

Nach den angestellten Ermittlungen gewähren 150 deutsche Zeitungen und Zeitschriften ihren Abonnenten eine Versicherung. Diese Versicherung umfaßt 1 766 455 Abonnenten. Die Gesamtsumme der im Jahre 1911 geleisteten Entschädigungen und Sterbegeldbeträge wird auf mehr als drei Millionen Mark angegeben.

Die Denkschrift glaubt, die wirtschaftliche Bedeutung der Abonnentenversicherung vorwiegend günstig beurteilen zu müssen. Sie führt folgendes an:

„Die Abonnentenversicherung hat sich unzweifelhaft in manchen Beziehungen als ein wirksames Mittel erwiesen, den breiten Schichten des Volkes bis zu einem gewissen Grade die Segnungen des Versicherungsschutzes zugänglich zu machen und somit zur Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Arbeiter- und Handwerkerstande beizutragen. Die private Unfallversicherung wendet sich in der Hauptsache nur an die bessergestellten Volkskreise; die Gesellschaften sehen die Unfallversicherung weiterer Kreise der arbeitenden Bevölkerung im allgemeinen als ein wenig lohnendes Geschäft an, das vielfach von ihnen gemieden wird. Die Abonnentenunfallversicherung ist hier offensichtlich in eine Lücke eingetreten. Eine wöchentliche Prämienzahlung, entsprechend der Entrichtung des Entgelts für die wöchentlich durch Kolporteure zugestellten Nummern der mit einer Versicherung verbundenen Zeitschriften, hat es bisher bei der Unfallversicherung überhaupt noch nicht gegeben. Gerade die wöchentliche Prämienzahlung ist aber, wie die Volksversicherung zeigt ein wichtiges Mittel, die Beteiligung der arbeitenden Bevölkerung an der privaten Versicherung zu fördern.“

Diese unseres Erachtens haltlose Würdigung der Abonnentenversicherung steht so ziemlich auf gleicher Linie mit Ausführungen, die in einer von der Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft Deutschland an den Reichstag gerichteten Denkschrift gemacht werden. Da wird sogar kühnlich die Behauptung aufgestellt, daß man die Abonnentenversicherung „getrost als die beste und zweckmäßigste Volksversicherung“ bezeichnen könne! Diese Behauptung wird in scharf tendenziöser Weise direkt ausgespielt gegen die „von sozialdemokratischer Seite geplante neue Volksversicherungsanstalt“. Es wird behauptet, daß das, was diese Anstalt „angeblich“ erstrebt (!), nämlich die Schaffung eines einfachen und billigen Versicherungsschutzes für die breiten Bevölkerungsschichten, „unzweifelhaft durch die von Versicherungsgesellschaften gedeckte Abonnentenversicherung seit Jahren bereits geleistet“ werde, und zwar in einer Form, „die an Einfachheit, Bequemlichkeit und Billigkeit für den Versicherungsnehmer schwerlich übertroffen“ werden könne.

Die Denkschrift unterläßt es, Vorschläge zu machen zu dem Zwecke, ein gesetzliches Einschreiten gegen die Abonnentenversicherung herbeizuführen. Durchaus zuungunsten dieser Versicherungsart spricht in erster Linie die Tatsache, daß sie lediglich eine rein privatkapitalistisch-spekulative, auf den Abonnentenfang gerichtete ist. Es fordert den schärfsten Widerspruch heraus, wenn ihre Interessenten, Zeitungsverleger und Versicherungsgesellschaften glauben machen wollen, ihre Abonnentenversicherung entspringe sozialen Motiven, einem „Wohlwollen für die breiten Volksschichten“. Es ist lediglich das geschäftliche Interesse, das da in Betracht kommt. Das näher darzulegen, ist wohl überflüssig.

Wir verwerfen die Abonnentenversicherung entschieden, aber auch noch besonders deshalb, weil sie der unbedingt notwendigen Ausgestaltung des Versicherungswesens für die Massen der Bevölkerung auf dem Wege der Reichsgesetzgebung und durch ergänzende genossenschaftliche Anstalten, wie die in Angriff genommene sogenannte Volksversicherung, hinderlich ist. Sie ist unvereinbar mit dem Prinzip der sozialen Versicherung, von der grundsätzlich jede privat-kapitalistische Spekulation ausgeschlossen sein sollte.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die Junkerherrschaft.

Die vollkommene Abhängigkeit des Reichs von der preußischen Junkerherrschaft tritt täglich klarer in die Erscheinung. Männer, wie der Staatssekretär Delbrück verdienen nachgerade unser Mitleid. Der Reichstag forderte einstimmig die Einführung von Wahlurnen, durch die das Wahlgeheimnis wirklich gesichert werden kann. Die öffentliche Verneinung dieser Forderung mußte derart kompromittierlich werden, daß schließlich nicht einmal die Konservativen die Dreistigkeit besaßen, nein zu sagen. Aber sie, die für ihre ostelbischen Gefilde die Mogelmöglichkeit und Wählerkontrolle durch die Verwendung von Zigarrenkisten, Zylinderhüten, Töpfen der Milch, des Herdes und der Nacht weiter beanspruchen, war die Zustimmung im Reichstage deshalb leicht, weil sie ja die berechtigte Erwartung haben durften, daß die Verwirklichung des Reichstagsbeschlusses durch die Einsprache eines preußischen Junkers verhindert werden könne. Und sie hatten sich nicht getäuscht. Herr Delbrück, des Reiches Staatssekretär für das weitschichtige Gebiet der Sozialpolitik und Stellvertreter des Reichskanzlers, schrieb an den Preußenminister von Dallwitz und bat ihn fußfällig, der Einführung der erwähnten Wahlurnen doch seine Zustimmung zu geben. Aber Dallwitz, von Dallwitz, Staatsminister von Dallwitz, preußischer Staatsminister von Dallwitz, schrieb, wie wir seit Richard Fischers Reichstagsrede wissen, dem Sinne nach an den Delbrück: Du bist wohl nicht recht gescheit!

Und so wird aus dem einstimmigen Beschluß des Reichstags zunächst nichts: die preußischen Junker sind mächtiger als das Reichsparlament.

Man darf wohl annehmen, daß Herr Delbrück einer der Väter des Notgesetzes ist, das die Rückvergütung bestimmter Zollbeträge für ausländisches Fleisch an Gemeinden vorsieht; daß er auch im übrigen sein möglichstes getan hat, mancherlei Erleichterungen angesichts des furchtbaren Notstandes infolge der Teuerung durchzusetzen. Das Thema ist in jüngster Zeit so eingehend behandelt worden, daß wir hier nicht ausführlicher darauf zurückzukommen brauchen. Tatsache ist, daß Herr Delbrück die Zollerleichterungen für die Fleischeinfuhr bis zum 31. März 1914 ermöglichen wollte und anscheinend auch ermöglicht hat. Tatsache ist auch, daß er es für selbstverständlich gehalten hat, daß allgemein von den Erleichterungen bis zum äußersten Termin Gebrauch gemacht wird. Dafür spricht ein von ihm unterzeichnetes Schreiben an die Steuerämter vom 20. Dezember 1912, in dem es heißt:

„Um ersehen zu können, welchen Umfang die auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 10. Oktober 1912 sich ergebenden Erstattungen des Fleischzolles der Tarifnummer 108 an Gemeinden erreichen, erscheint es erforderlich, daß in den Einfuhrnachweisungen auch die zum Fleischbezuge berechtigte Gemeinde ersichtlich gemacht werde. Ich ersuche daher, bis zum 31. März 1914 in den Zählstreifen für die Einfuhr jedesmal auch die bezugsberechtigte Gemeinde anzugeben. . . .“

Bis zum 31. März 1914!? So stellte es sich Herr Delbrück vor. Aber nun sagte sich Schorlemer, von Schorlemer, Staatsminister von Schorlemer, preußischer Staatsminister von Schorlemer: ist denn

der Delbrück nicht recht gescheit? Am 1. Oktober 1913 wird Schluß gemacht!

Herr Delbrück ist einer der wenigen Menschen, die (tatsächlich!) mit der Rechten und mit der linken Hand schreiben können. Aber die eine Hand fesseln ihm die Schlotbarone, die andere die Krautjunker. Reden lassen sie ihn, solange sie glauben, daß es ihnen nichts schadet. Aber kurz oder lang werden sie ihm aber auch den Mund stopfen.

Daher das Wort: Preußen in Deutschland, Deutschland in der Welt voran!

Das Wassergesetz im Herrenhause angenommen.

Der Widerstand der Oberjunker im preußischen Herrenhause gegen das Wassergesetz war zwar in der Dienstagsitzung noch ziemlich lebhaft, äußerte sich aber in der Schlußabstimmung nur noch darin, daß nur sieben Mann gegen das Gesetz stimmten. Der Hauptansturm der Feudalen richtete sich gegen eine Bestimmung, die die Besitzer von Wasserkräften verpflichtet, sie gegen Entschädigung auch zum Betriebe von Triebwerken herzugeben. In dieser Bestimmung erblickte der Fürst Salm zu Horstmar eine kolossale Bevormundung durch die Industrie, und ihm schlossen sich verschiedene Grafen und Barone an. Die Grafen Plettenberg und Droste-Vischering, ein bekannter Kämpfer auf Katholikentagen, fanden in dieser Bestimmung des Gesetzes nichts weniger als Sozialismus und Kollektivismus, und der erstere erklärte sogar, mit dieser Bestimmung werde den Großgrundbesitzern des Westens ihre Existenz unmöglich gemacht. — Der Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer beteuerte, daß ihm jede sozialistische Maßregel fern liege; er fand damit auch den Glauben der Herrenhäusler und so wurde der Antrag Salm, der die Streichung dieser Bestimmung verlangte, abgelehnt. Das Wassergesetz ist also vom Herrenhause angenommen, wird aber nochmals das Abgeordnetenhaus beschäftigen. — Das Herrenhaus wird erst Mitte März wieder zusammentreten, um das Schleppmonopol-Gesetz und das Gesetz über die ländlichen Pflichtfortbildungsschulen in den westlichen Provinzen zu beraten.

Scharfmacher-Sehnsucht.

Der Zentralverband deutscher Industrieller hat sich in seiner Ausschußsitzung selbstverständlich für ein Verbot des Streikpostenstehens im Sinne des Antrags Arnstadt ausgesprochen. Die „Tägliche Rundschau" ist in der Lage, aus den Verhandlungen des Ausschusses das Folgende mitzuteilen: „Regierungsrat Dr. Schweighoffer meinte: Die Regierung könne sich anscheinend nicht entschließen, den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen, aber sie werde um den Kampf nicht herumkommen. — In der Diskussion wurde erklärt: In der Industrie fehle es angesichts der eines Rechtsstaates unwürdigen Zustände an Verständnis dafür, daß sich die nationalliberale Reichstagsfraktion in der Gesellschaft der Parteien befindet, die den Antrag auf Verbot des Streikpostenstehens abgelehnt haben. Geh. Baurat Schrey betonte, daß die ernsteste Sorge und Gefahr für das Deutsche Reich nicht die Wirren draußen sind, sondern die Entwicklung, der wir im Innern entgegen gehen. Der Redner sieht das Bedrohliche der Entwicklung darin, daß von unseren Reichstagsabgeordneten drei Viertel bei ihrem Eintritt in das Parlament alle Rücksicht auf das praktische Leben verlieren und nur noch die Rücksicht auf die Wiederwahl kennen, die sie über das Wohl des Vaterlandes stellen. Das sei ein tief bedauerlicher Zustand, ein Zustand, über den entrüstet zu sein die deutsche Industrie und alle Erwerbskreise des deutschen Volkes alle Ursache hätten. Ein Verhalten, wie es der Reichstag mit der Ablehnung der Streikpostenresolution an den Tag gelegt, sei der gegebene Anlaß, diesem Empfinden einmal mit aller Entschiedenheit Ausdruck zu geben. — Kommentar überflüssig!

Liberales Wahlbündnis.

Der Bezirksverband Halle der Fortschrittlichen Volkspartei hat am Sonntag beschlossen, in den Wahlkreisen Halle, Merseburg, Weißenfels, Mansfeld, Torgau, Bitterfeld und Wittenberg mit den Nationalliberalen ein Wahlabkommen für die bevorstehenden Landtagswahlen abzuschließen. In sämtlichen sieben Kreisen wird je ein nationalliberaler und ein fortschrittlicher Kandidat aufgestellt werden.

Keim, Bassermann, Oldenburg.

Der bekannte Flottentreiber und Wahlmacher bei den berüchtigten Hottentottenwahlen, Generalmajor Keim, hat jetzt die Aufgabe übernommen, die neue Militär-Vorlage nach Kräften aufzupusten. In einem Artikel im „Tag" (No. 29 vom 4. 2.) verwahrt er sich von vornherein gegen den Ausdruck „Militär-Vorlage", weil diese Bezeichnung nicht erschöpfend genug sei. Es müsse eine Wehrvorlage werden, die endlich die allgemeine Wehrpflicht zur vollen Durchführung bringt. Damit soll wohl gesagt werden, daß der Friedensstand des Heeres auf 1 Proz. der Bevölkerung gebracht werden soll. Keim stützt sich bei seinen überspannten Militärforderungen auf den Abgeordneten Bassermann, der in Magdeburg die Unzulänglichkeit der bisherigen Militär-Vorlagen zugegeben habe, und auf den Jonischaner Oldenburg, der nach seinem Durchfall bei den Reichstagswahlen draußen herum nach Kräften schimpft über die „Kleckerpolitik", die der Kriegsminister mit seinen Forderungen bisher getrieben habe. Drei Wehrvorlagen hintereinander seien in drei Jahren notwendig gewesen. Diese kleinliche Lückenfüllerei sei nur dadurch verschuldet, daß man nicht gewagt habe, mit einem Male „ganze Arbeit" zu leisten. Die jetzige dritte Wehrvorlage müsse das nachholen. Es müsse eine von jeder bureaukratischen Engherzigkeit freie Heeresverstärkung kommen, durch die im Heere Platz geschafft werde für die Einstellung der vielen Tausenden von Diensttauglichen, die jetzt dem Heeresdienste fern bleiben. Wuchtig müsse die Wehrvorlage sein, und sie müsse bald kommen. Erst dann könne die Nation beruhigt unter dem Schirm und Schatten eines Heeres der Zukunft entgegen gehen.

Es ist das eine von den Militär- und Flottentreibern immer wieder gesungene Lied. Nicht eine neue Note entdeckt man in all den Jeremiaden über die Unzulänglichkeit der bisherigen Vorlage und über die Notwendigkeit ganz außergewöhnlicher Rüstungen. Über die Deckung der Kosten zerbrechen sich die Keim und Konsorten nicht den Kopf. Als letztes Mittel gilt Keim die Reichstagsauflösung, von der er in punkto patriotischer Hurrastimmung Wunder erwartet. Die Spekulation auf die Reichstagsauflösung hat, wenn man frühere Auflösungen in Betracht zieht, allerdings den Schein der Berechtigung für sich. Aber die Volksmassen sind in ihrer politischen Erkenntnis nicht stehen geblieben und die Rüstungstreiber dürften sich wohl verrechnen, wenn sie von einer künftigen Auflösung zum Zwecke der Rüstungsvermehrung eine gute Ernte erwarten.

Die armen Witwen und Waisen.

Angeblich sollte ihnen durch die Reichsversicherungsordnung geholfen werden. Dieses Gesetz hat den Witwen und Waisen die Beitragserstattung der verstorbenen Ernährer genommen und eine kärgliche Rente bewilligt. Wie sieht das Geben und Nehmen in Praxis aus? 1911, also in dem letzten Jahre vor Inkrafttreten der Hinterbliebenenversorgung wurden an die Hinterbliebenen von 38 295 Verstorbenen durchschnittlich 105,76 Mk. gegeben. Sie erhielten also rund vier Millionen Mark.

An Stelle dieser Beitragserstattung trat 1912 die Hinterbliebenenversorgung. Wieviel wurde nun ausbezahlt? Nach Mitteilung des Ministerialdirektors Caspar erhielten 1912 4000 Witwen Witwengeld, also jede Witwe 50 Mk. Reichszuschuß und durchschnittlich 24,60 Mk. Leistungen der Versicherungsträger, also 74,60 Mk.

4000 Witwen wurde Witwenrente zugebilligt, die im Jahr so hoch wird wie das Witwengeld, aber es wird nur der halbe Beitrag 1912 ausbezahlt sein, weil solchen Renten, die am 1. Januar begonnen, solche, die am 31. Dezember beginnen, gegenüberstehen. Diese Witwen haben dann durchschnittlich 37,30 Mark erhalten. Ferner wurden 14 000 Waisen rentenberechtigt. Die Jahresrente der vaterlosen Kinder bleibt unter 37,30 Mk., weil nur ein Kind drei Zwanzigstel des Grundbetrages und der Steigerungssätze der Rente des Vaters erhält. Jedes weitere Kind bekommt außer dem Reichszuschuß nur ein Vierzigstel des Teiles der Rente, den die Versicherungsträger zahlen müssen. Nimmt man aber an, daß alle Kinder sogenannte erste Kinder sind, dann wird durchschnittlich an jedes Kind der Betrag von 18,65 Mk. ausbezahlt sein.

Die Hinterbliebenenversorgung hat also 1912 gebracht:

4000 Witwen à 74,60 Mk.	Witwengeld	= 298 400 Mk.
4000 Witwen à 37,30 Mk.	Rente	= 149 200 Mk.
14000 Waisen à 18,65 Mk.	Waisenrente	= 261 100 Mk.
		708 700 Mk.

Von diesen 708 700 Mark hat das Reich als Reichszuschuß 475 000 Mk. und die Versicherungsträger 233 700 gezahlt. Also die Witwen und Waisen verlieren 4 Millionen Mark Beitragserstattung und gewinnen 708 700 Mk. Witwengeld und Witwen- und Waisenrente. Die größte Summe dieses Betrages, 298 400 Mk. Witwengeld, wird auch nur einmal, und zwar an die Witwen gezahlt, die selbst gegen Invalidität versichert sind. Der reine Verlust ist also 3 291 300 Mk. Selbst wenn man zugibt, daß viele Witwen und Waisen sich noch nicht gemeldet, oder daß bei dem langsamen Verfahren die Rente noch nicht festgesetzt ist, so steht doch schon fest, daß in einer Reihe von Jahren die ganzen Auszahlungen an Witwen und Waisenbezügen erheblich niedriger sein werden, als die Beitragserstattung an die Hinterbliebenen Verstorbener war. Und das nennt man Hinterbliebenenversorgung!

Eine Polizeidebatte im preußischen Landtage.

Das preußische Abgeordnetenhaus setzte am Dienstag die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fort. Bei dem Kapitel „Landrätliche Verwaltungen" wandte sich zunächst der Abg. Wenke (Volkspartei) gegen die Art, wie sich der Minister am Montag jede Kritik verbeten hat. — Noch schlechter schnitt der Minister ab, als der Abg. Korfanty (Pole) den aktenmäßigen Nachweis lieferte, daß nicht er, wie es Herr v. Dallwitz am Montag behauptet hatte, sondern der Minister dem Hause stark unrichtige Darstellungen gegeben hat. — Von unserem Genossen Ströbel wurde das System der landrätlichen Verwaltungen auf den verschiedensten Gebieten einer eingehenden Kritik unterzogen. — Beim Kapitel „Polizeiverwaltung von Berlin" verbreitete sich Genosse Liebknecht eingehend über eine Reihe von Mißständen, besonders über das Lockspitzelwesen, dessen Bestehen er an zahlreichen Fällen nachwies. — Ebenso brachte Genosse Hoffmann bei einem späteren Kapitel den Nachweis, daß auch in den Provinzen das Maß der Polizeiverwaltungen zum Ueberlaufen voll ist. In Königsberg z. B. blühe das Bordellwesen unter den Augen der Polizei, die sich nicht bewogen fühle, in irgend einer Weise dagegen einzuschreiten. Sie habe dazu weder Zeit, noch Beamte, da sie sich in weit höherem Maße um die Verfolgung politisch anrüchiger, vor allen Dingen sozialdemokratischer Elemente kümmern müsse. Charakteristisch für die preußischen Zustände ist, daß der Minister zu allen schweren Anklagen unserer Genossen schwieg.

Wahlrechtsverschlechterung in Schwarzburg-Rudolstadt.

Die schon angekündigte Wahlrechtsverschlechterungsvorlage wurde am Dienstag von der Regierung dem schwarzburg-rudolstädtischen Landtage überreicht. Der Landtag soll künftighin aus 24 Abgeordneten, bisher 16, bestehen und zwar aus je einem Vertreter 1. der Staats- und Gemeindebeamten, Geistlichen und Volksschullehrer, 2. des Handels und der Industrie, 3. der Landwirtschaft, 4. des Handwerks, 5. der Arbeiterschaft, 6. der Steuerzahler mit höherem Einkommen, 7. der Stadt Rudolstadt, 8. der übrigen Städte der Oberherrschaft, 9. der Landgemeinde des Landratsamtsbezirks Rudolstadt, 10. der Landgemeinde des Landratsamtsbezirks Königssee, 11. sämtlicher Gemeinden der Unterherrschaft, 12. aus einem Rechtskundigen. Der Rest von 12 Abgeordneten soll aus allgemeinen Wahlen hervorgehen.

Das Wahlrecht soll ferner insofern verschlechtert werden, daß die Wahlberechtigten ein Jahr lang im Besitz der Schwarzburg-Rudolstädtischen Staatsangehörigkeit sein müssen, sechs Monate ihren Wohnsitz am Orte der Listenaufstellung haben und mit den Gemeinde- und Staatssteuern nicht länger als ein Jahr im Rückstande sind. Außerdem soll jeder über 50 Jahre alte Wähler eine Zusatzstimme erhalten. Die Obstruktion soll nach Möglichkeit ausgeschlossen werden. Der Landtag soll beschlußfähig sein, wenn wenigstens zwei Drittel der Abgeordneten anwesend sind. Wenn infolge Beschlußunfähigkeit des Landtags eine gültige Abstimmung über eine Regierungsvorlage nicht stattfinden kann, soll innerhalb einer Woche eine erneute Beschlußfassung herbeigeführt werden, in der nur die Hälfte der Abgeordneten anwesend zu sein braucht. Bei Abänderung des Grundgesetzes bedarf es der Anwesenheit von drei Viertel der Abgeordneten und der Zustimmung von zwei Dritteln der abstimmenden Abgeordneten.

Wenn die Zeiten nicht so ernst wären, möchte man an einen Fastnachtsscherz glauben, den sich die Regierung mit der Mehrheit des Landtags erlaubt. Die Regierung kann ja ernsthaft gar nicht daran glauben, daß der Landtag zu dieser Wahlrechtsverschandelung seine Zustimmung gibt.

Balkan.

Der Krieg hat am Montag abend 8 Uhr 7 Minuten mit der Kanonade vor Adrianopel wieder seinen Anfang genommen. Die türkischen Truppen erwiderten das Feuer. Auch an der Tschataldscha-Linie ist es zu einem lebhaften Geplänkel gekommen.

Die Bulgaren nehmen den Mund schon wieder recht voll. Es fordert nunmehr die endgültige Lösung der Dardanellenfrage und weigert sich, nach Beendigung des zweiten Feldzuges Konstantinopel in den Händen der Türken zu lassen.

Die Folgen des Krieges machen sich jetzt schon unangenehm in Durazzo bemerkbar. Ohne vorherige Ankündigung haben die serbischen Behörden als Kriegsgabe einen elfprozentigen Zollzuschlag auf die Einfuhrzölle, und zwar auf Salz, Petroleum, Streichhölzer, Alkohol, Zigarettenpapier, Zucker, Kaffee, Schokolade, Olivenöl, Bier, Flaschenwein, ätherische Oele und Liköre gelegt. Die Höhe des Zuschlagszolls schwankt je nach den Artikeln zwischen 17,80 und 281 Franken für den Zentner. Die Unzufriedenheit der muselmanischen Bevölkerung über die Erhöhung ist sehr groß.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 5. Februar.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die am Dienstag abend im Gewerkschaftshaus stattfand, ehrte zunächst das Andenken der verstorbenen Genossen Schuld und Lippert in der üblichen Weise. Hierauf berichtete Genosse Bromme über die Abrechnung von der Silvesterfeier. Einer Einnahme von 461,10 Mk. stehen 355,80 Mk. Ausgaben gegenüber, sodaß ein Überschuß von 105,30 Mk. zu verzeichnen ist. Hierauf referierte Genosse Diez über „Sozialdemokratische Schulforderungen". Der Redner führte u. a. aus: „Auf allen sozialen Gebieten ist die Sozialdemokratie vorangegangen. Das ist auch beim Schulwesen der Fall. Der kapitalistische Staat hat sich noch sehr wenig um die Volksschule gekümmert; dafür die Sozialdemokratie umsomehr. Redner betont, es sei nicht seine Absicht, alle Schulforderungen zu besprechen, sondern nur einige. Der Hauptfehler sei, daß die heutige Volksschule noch zu sehr mit der Kirche verknüpft ist. Wir verurteilen das. Für uns ist die Schule nur da, um den Kindern ein möglichst hohes Maß von Bildung zu geben und die Erziehung zu fördern. Wer seine Kinder religiös bilden will, kann das außerhalb der Schule tun. In Frankreich ist das durchgeführt und für diese Gelegenheit der Donnerstag unterrichtsfrei. Die Kirche verträgt sich nun einmal nicht mit der modernen Wissenschaft. Aber die heutige Schule ist eben nur ein Instrument der Herrschenden, die den Kindern des Volkes nur soviel Wissen geben, wie es absolut nötig ist. Daher ist auch die deutsche Volksschule eine Klassenschule. Den höheren Schulen wird viel mehr gegeben als den Volksschulen. In den Volksschulen mangelt es überall. Redner weist auf die schlechten Schulhäuser im Fürstentum Lübeck und in Ostelbien hin. Das Anschauungsmaterial läßt in den Volksschulen viel zu wünschen übrig. Daher auch das beschränkte Wissen, das die Volksschule bietet und das den Schülern unmöglich macht, in eine höhere Lehranstalt überzugehen. Die Sozialdemokraten fordern die Einheitsschule. Wenn die Kinder der Reichen neben den Armen sitzen, werden auch die Einrichtungen der Schulen besser. Eine Utopie ist die Einheitsschule nicht. Ein Beispiel dafür biete Dänemark. Dort muß jedes Kind 4 Jahre lang die Volksschule besuchen, dann folgt die Mittelschule und wer befähigt ist, rückt in die höheren Schulen bis zur Universität auf. Bei uns ermöglicht das letztere nur der Geldbeutel des Vaters. Daraus resultiert auch unsere Forderung: Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel. Wenn der Staat den Schulzwang eingeführt hat, muß er auch die Lehrmittel liefern, damit die Kinder des Volkes allen Anforderungen entsprechen können. Das komme ja nur dem Staate zugute. Er habe das meiste Interesse daran. Leider sei die Schulgeldfreiheit in Deutschland nur in wenigen Städten durchgeführt. Noch spärlicher gelte das in bezug auf die Lieferung der Lernmittel. In Deutschland diene die Schule in der Hauptsache dazu, den Kindern Gehorsam beizubringen. In Frankreich ist die Schule Sache der Nation. In Deutschland überläßt man sie den Gemeinden. Viele Gemeinden haben einen so beschränkten Etat, daß die Schule vernachlässigt werden muß. Außer Frankreich hat auch die Schweiz gute Schulverhältnisse; dort ist nicht nur aller Unterricht frei, sondern zumeist auch die Lernmittel. Am schlimmsten liegt es bei uns betreffs der Unentgeltlichkeit der letzteren. Während auch in Paris und sogar in den Vereinigten Staaten von Amerika die Lehr- und Lernmittel geliefert werden, geschieht das in Deutschland nur dort, wo die Sozialdemokratie ausschlaggebend ist. Das ist leider nur in wenigen Gemeinden der Fall. In den meisten Fällen ruht die ganze Last auf den Eltern, die soweit sie Arbeiter sind, oft nicht wissen, wo sie den Groschen für das Schreibheft hernehmen sollen. Dazu kommt der Wechsel in den Schullehrbüchern, deren Einführung häufig ganz der Willkür der Schulgewaltigen überlassen ist. Sind arme Kinder ohne Bücher, so bekommen sie einfach alte beschmutzte halbzerrissene Bücher von der Schule geliefert. Das wirkt ungünstig auf das Kindergemüt. Wenn aber die Lernmittel unentgeltlich sind, so würden die Kinder auch mehr zur Ordnung angehalten werden können, weil es gesellschaftliches Eigentum ist, das sie achten müssen. Und den Eltern — wie auch dem

Lehrer — werden viele Sorgen und Unannehmlichkeiten erspart. Auch die Gründe der Billigkeit kommen in Betracht. Wenn der Staat oder die Gemeinde alle Bücher im großen einkauft, werden sie billiger. Wenn das Reich die Schule übernehme, wäre es viel idealer, weil in jedem Staate die Lernmittel andere sind. Wo die Kleinstaaterei herrscht, sind oft innerhalb eines Umkreises von wenigen Kilometern andere Schullehrbücher zu finden. Redner zieht dann einen Vergleich zwischen den Aufwendungen, die der Staat für die Volksschüler und die höheren Schüler macht. In Lübeck wendet der Staat für einen Volksschüler 61 Mk., für jeden Schüler des Katharineums aber weit über 300 Mk. auf. Wenn die Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel eingeführt würde, so würde die Summe noch nicht an den Betrag heranreichen, der den Gymnasiasten gegeben wird. Am besten sind in Deutschland in dieser Beziehung die Verhältnisse in Stuttgart und Mainz. In Nürnberg und Berlin bekommen es nur Bedürftige. Aber nicht als Almosen oder Armenunterstützung. In Berlin bekommt ein Viertel aller Volksschüler die Lernmittel unentgeltlich. Das hat einen Aufwand von 124 000 M. im Jahre erfordert. Leider sei in Berlin die Zerrissenheit in bezug auf die Lernmittel so unerhört, daß im Nordbezirk andere Bücher benutzt werden als im Südbezirk. Redner bringt dann Zahlen aus Stuttgart, die ergeben, daß auf einen Schüler durchschnittlich 3 Mark als Aufwand für Lernmittel in Betracht kommen. In Mainz bekommt jeder Schüler die Bücher unentgeltlich, der sie will, ohne Rücksicht ob die Eltern bedürftig sind oder nicht. Die Erfahrungen, die man in 30 Jahren in der Schweiz gemacht hat, sind nur gute. Es kommt vor, daß Kinder den Eltern Geld für Bücher abverlangen und das Geld dann vernaschen. Bei der Unentgeltlichkeit der Lernmittel kann so etwas nicht vorkommen. Sie wirkt also auch erzieherisch. Grund genug, um auch bei uns die Frage mehr in den Vordergrund zu schieben. In Lübeck ist in punkto Schulwesen statt Fortschritt Rückschritt zu verzeichnen. 1885 wurden die Freischulen eingeführt. Aber statt sie weiter auszubauen, sind sie aus finanziellen Gründen wieder beseitigt worden. 5000 Kinder wurden davon betroffen und eine weitere Belastung der Eltern dieser Kinder erreicht. Auch in bezug auf die Lernmittellieferung sieht es hier traurig aus. In Lübeck beurteilt man die Volksschule nicht vom sozialen und erzieherischen Standpunkt aus, sondern ausschließlich vom finanziellen. Grund genug, daß wir in Lübeck unsere Schulforderungen energischer propagieren. Nur der Sozialismus wird ein idealeres System in das Schulwesen bringen und eine vollständige Umwälzung herbeiführen. Dann erst wird unsere Schule keine Klassenschule mehr sein, sondern ein wirkliches Erziehungsinstitut. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion erklärte Genosse Dr. Schlomer, daß er dafür sei, das Schulwesen nach wie vor von den Gemeinden verwalten zu lassen. Der Staat solle höchstens das Geld dafür liefern. Er befürchtet eine Bureaukratisierung der Schule, wenn sie vom Staat verwaltet wird. In Mannheim und München seien, entgegen der staatlichen Vorschrift, geradezu bahnbrechende Leistungen auf dem Gebiete des Schulwesens vorgenommen worden. Den Wunsch, daß sich die Genossen mehr als bisher um das Schulwesen und darum um die Bürgerschaftsverhandlungen kümmern sollen, unterstreiche er, zumal in den nächsten Jahren ein neues Unterrichtsgesetz komme. Dies gebe Gelegenheit, die Arbeitsschule und unsere Forderungen durchzusetzen. Das Gesetz liege zum Teil dem Bürgerausschuß schon vor. Sämtliche Redner dort sprachen über die höheren Schulen. Die Oberschulbehörde setzt sich aus 3 Senatoren und 9 Bürgerlichen zusammen, von denen nicht ein einziger Kinder in die Volksschule schicke. Daraus kann man schließen, welches Interesse die Herren der Volksschule entgegenbringen. Auch Lehrer müßten mit in die Oberschulbehörde hinein. Ferner müßte den Lehrern Gelegenheit gegeben werden, einen Schulkonvent zu bilden, der der Behörde Vorschläge unterbreiten kann. In einem Schlußwort forderte Genosse Diez zunächst nicht die Verstaatlichung des Unterrichts, sondern die der Lernmittel. Trotzdem sei die Verstaatlichung des Unterrichts mit Rücksicht auf die kleineren Orte und die zurückgebliebenen Gegenden nur zu wünschen. Namentlich die Schulverhältnisse auf dem Lande würden erheblich profitieren, die Kinder nicht so ausgebeutet werden und die Schulhäuser weniger schlecht und weniger überfüllt sein. Man könne trotzdem den Gemeinden, namentlich in Großstädten, ein großes Mitbestimmungsrecht einräumen. Sie könnten auch die Selbstverwaltung behalten. Unter Verschiedenem teilte der Vorsitzende, Genosse Löwigt, mit, daß den Mitgliedern durch die Boten eine vom Parteivorstand herausgegebene Brüschüre „Die Greuel des Krieges" unentgeltlich übermittelt werde. Ferner wurde noch auf die am nächsten Sonnabend stattfindende Protestversammlung hingewiesen, die sich gegen die der Bürgerschaft vorliegende Konsumvereins- und Warenhaussteuer richten soll. Dann erfolgte der Schluß der Versammlung gegen 10½ Uhr.

Der Bürgerausschuß erteilte in seiner heutigen Sitzung folgenden Senatsanträgen seine Zustimmung: Ratifikation eines Zusatzvertrages zu der auf das Hanseatische Oberlandesgericht bezüglichen Uebereinkunft. Nachbewilligung von 4841,56 Mk. auf Artikel 22 VIII (Forstverwaltung) des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1912, 1900 Mk. für Pflege der Baumpflanzungen in den Alleen der Vorstädte. Der Voranschlag für 1913 wurde der Budgetkommission überwiesen.

Der Entwurf zum Lübecker Staatsvoranschlag für das Jahr 1913, der gegenwärtig eine Kommission des Bürgerausschusses beschäftigt, weist eine Einnahme von 17 912 090,13 Mark auf, der eine Ausgabe von 18 533 179,54 Mark gegenübersteht. Es ist demnach ein Fehlbetrag von 621 089,41 Mark zu erwarten.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Januar auf 1521 (1160), die der Besucher auf 1658 (1265). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 176 Personen. Mithin sind im Monat Jan. **1345** (992) **neue Fälle** bearbeitet worden. Somit ist der Monat Januar 1913 derjenige, der seit Bestehen des Sekretariats die höchste Besuchsziffer wie die größte Zahl der Schriftsätze zu verzeichnen hat. Auskünfte wurden erteilt 1631 (1237), darunter nach auswärts schriftlich 38 (42). Von den Besuchern waren organisiert 808 (641) Personen, und zwar gewerkschaftlich 529, politisch 42, gewerkschaftlich und politisch 237. Unter den verbleibenden 850 Nichtorganisierten befinden sich 367 Angehörige von Organisierten und 42 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 1034 (815) männlich, 551 (430) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1446 (1128); selbständige Gewerbetreibende, Beamte 2c. und deren Angehörige 169 (117); Vereine, Organisationen und Behörden 43 (20). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 1273 (971) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 144 (113), Oldenburg 115 (69), Mecklenburg 54 (49), Preußen 68 (56), und Hamburg 4 (7). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 305 (304), Arbeits- und Dienstvertrag 313 (203), bürgerliches Recht 718 (460), Strafrecht 84 (106), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 155 (123), Arbeiterbewegung 15 (6), Privatversicherung 18 (15), Handels- u. Gewerbesachen 10 (11), Verschiedenes 13 (9). Von den Auskünften machten 362 (226) die Anfertigung von 511 (375) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 53 (31) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 307 (264) Postsendungen. Der 3. Jan. zeigte mit 98 (86) die höchste, der 17. Jan. mit 36 (35) die niedrigste Besucherzahl.

Die Ueberschwemmung der Gleise der Lübeck-Eutiner und Travemünder Bahn, welche gestern morgen eingetreten war und über die wir schon kurz berichtet haben, soll dadurch entstanden sein, daß der Struckbach, der infolge des eingetretenen Tau- und Regenwetters viel Wasser mit sich führte, in seiner Bahn durch ein Gitter, welches den Bach durchzog und sich mit Schmutz und anderen Dingen zugesetzt hatte, behindert wurde, und sein Bett überflutete. Das Wasser strömte auf den von hohen Böschungen umsäumten Bahndamm und stand bald mehr als einen halben Meter über den Schienen. Den Bemühungen der Bahnarbeiter und der herbeigerufenen Feuerwehr gelang es, das Gleis gegen 10 Uhr vormittags wieder fahrbar zu bekommen. Sehr erheblich war die Verkehrsstörung auf den beiden Strecken. Die Arbeiter, welche sonst morgens früh in den industriellen Betrieben in Siems, Dänischburg usw. ihre Tätigkeit beginnen, konnten nicht mit der Eisenbahn befördert werden. Sie wurden später mit der Straßenbahn nach Schwartau gebracht und konnten von dort die Eisenbahn weiter benutzen. Der um 8.53 Uhr vormittags hier fällige D-Zug Kiel-Berlin war über Neumünster-Oldesloe nach Lübeck geleitet worden, was natürlich mit einer großen Verspätung verknüpft war.

b. **Schöffengericht** am 4. Februar. Eine schlimme Geschichte! Am Volksfest — lange ists her — warf sich auch ein Pärchen in den Strudel, das sich bisher lieb gehabt hatte. Er ist Handlungsgehilfe und sie betreibt die Putzmacherei. Beide waren mit ihren zwanzig Lenzen im ersten Feuer, was Wunder, wenn der zukünftige Großkaufmann den artigen Gesellschafter bis zum Ende spielen wollte. Als die Kleine nun 11 Uhr abends nach Oldesloe fahren mußte, gondelte der Handlungsgehilfe F. kurz entschlossen mit. Um den Herzkäfer nicht zu verlieren, sprang er mit ihr in den nächstbesten Zug, der wohl die Richtung Oldesloe fuhr, aber erst in Wandsbek hielt. Das wäre weiter nicht zu den sieben Todsünden zu rechnen, wenn — ja wenn dem jungen Herrn auf dem Lübecker Festplatz nicht das Geld ausgegangen wäre. Wohl hatte er noch eine Börse mit 9 Mark in der Tasche, doch diese Moneter bildeten das einzige Besitztum seiner Begleiterin, die ihm den Betrag auf dem Volksfest zur Aufbewahrung übergeben hatte, weil ihr die großen Plakate: „Vor Taschendieben ward gewarnt" auf die zarten Nerven gefallen waren. „Nimm und bezahle die Mehrkosten von meinem Geld" erklärte die Maid, und 5 Meter leichter wog das Portemonnaie. In Oldesloe kam die große Trennung. Die kleine Putzmacherin ging mit einem Herzen voll Liebe in ihr Nestchen und der Handlungsgehilfe fuhr weiter, zu Muttern nach Lübeck zurück — mit dem übriggebliebenen Gelde. Roß und Reiter sah man niemals wieder. Verratene Frauenherzen sind unberechenbar, der Ungetreue wurde wegen — Unterschlagung angezeigt. Nun sahen sie sich endlich wieder, aber nicht lange, denn als dem jungen Herrn 20 Mark Geldstrafe auferlegt waren (dreiviertel Tag hatte F. vorher in der Untersuchungshaft gebüßt) ging er stolz rechts zur Tür hinaus, während sie sich links hinausschlängelte. — Den bekannten § 316 hatte ein Fuhrmann B. nicht genügend studiert. Er wird deshalb mit 10 Mark Strafe belegt. — Ein forscher Stalldirektor wollte einem Hausdiener in Spethmanns Hotel Manieren beibringen. Der Herr H. kam morgens 4 Uhr im Auto angefahren und hatte „noch etwas" mitgebracht. Er forderte für beide ein Zimmer. Der Hausdiener hatte eine gute Nase und gab anweisungsgemäß zu verstehen, daß hier kein „polnischer" Gasthof sei Da bekam er eine Backpfeife. Beim Versuch, den unbequemen Gast aus der Tür zu schieben, hinter der der Engel stand, drohte der Stalldirektor, er wolle den Hausdiener über den Haufen schießen. In Wirklichkeit hatte der Nachtschwärmer die Waffe gar nicht bei sich. Die Bedrohung ist aber strafbar, wenn der Betreffende auch nicht in der Lage ist, sie auszuführen. Diese wird mit 30 Mark geahndet, während die Körperverletzung ein Denkzettel von 100 Mark einträgt. — Von der Anklage des Betruges freigesprochen wurde eine Schneiderin M., die für 28 Mark Spitzen auf eigenen Namen kaufte unter der Angabe, sie benötige diese für eine Frau Doktor. Das Bezahlen wurde vergessen, die Schneiderin reiste ab. Es kann ihr eine falsche Vorspiegelung nicht nachgewiesen werden. Beantragt waren 40 Mark Geldstrafe. — Was ist wahr? Gegen einen Schutzmann Kr. wurde von der Ehefrau Sch. der Vorwurf erhoben, er habe sich ihr genähert und einen unsittlichen Antrag gemacht. Gegen den Ehemann Sch. hatte der Schutzmann voriges Jahr eine Anzeige wegen verbotenen Fischens erstattet, und der Angezeigte bezichtigte den Schutzmann eines dienstlichen Vergehens. Bei der Hauptverhandlung wurde auch die Ehefrau vernommen, die u. a. erklärte, wenige Tage nach der Anzeige sei der beklagte Schutzmann in ihre Wohnung gekommen und habe versucht, die Sache wieder einzulenken. Dabei habe er eine schmutzige Andeutung gemacht. Die vorgesetzte Behörde lenkte deshalb ein Strafverfahren gegen die Frau ein. Diese behauptet mit felsenfester Bestimmtheit und wiederholt dem Schutzmann gegenüber Aug' in Aug', daß er und kein anderer es gewesen sei, der von ihr Preisgabe ihrer Frauenehre verlangt habe. Und der Schutzmann? Er hat, wie er aussagt, in seinem Leben die Frau nicht gesehen, hat seine Schritte noch kein einziges Mal in deren Behausung gesetzt. Eine Personenverwechslung ist ausgeschlossen, da Kr. unter seinen Kollegen keinen Doppelgänger hat. Wegen wissentlich falscher Anschuldigung beantragte der Staatsanwalt 2 Monate Gefängnis. In einer eindrucksvollen Verteidigungsrede verlangte Rechtsanwalt Jacobsohn in erster Linie die Einstellung des Verfahrens, da das Strafantragsrecht der Behörde in einer außerdienstlichen Angelegenheit fraglich und außerdem verstrichen sei. Er unterstelle eine eventuelle Privatklage des Ehemanns der Frau, in der der Schutzmann allerdings auch nichts zu verlieren gehabt hätte, da sich die Szene unter vier Augen abgespielt habe, und Behauptnug gegen Behauptung stehe. Das Strafgesetzbuch gebe jedoch dem Beamten keine solch privilegierte Stelle in persönlichen Angelegenheiten, daß er ohne jede Einschränkung als vollgültiger Zeuge anzusehen sei, ohne irgend welches Material beizubringen. Wäre die Frau im Prozeß gegen ihren Mann vereidigt worden, dann hätte die Staatsanwaltschaft aus deren Aussage nie ein Meineidsverfahren einleiten können, der Schutzmann hätte sehen müssen, wo er Beweismittel gegen deren Aussage auftreiben könnte. Der Angeklagten könne nicht bewiesen werden, daß ihre Aussagen subjektiv unwahr gewesen seien. Sie sei deshalb in zweiter Linie freizusprechen. Das Gericht gab diesen Einwendungen keinen Raum, es verurteilte die Angeklagte zu 6 Wochen Gefängnis. Die Erzählung der Angeklagten trage den Stempel der Erfindung an der Stirn. Eine Unterdrückung der Anzeige konnte der Schutzmann gar nicht mehr verhindern. Der Schutzmann hätte in 99 von 100 Fällen von vornherein damit rechnen müssen, daß sie als völlig unbekannte Frau ihrem Manne sofort Mitteilung machen würde. Gerade die Gegenüberstellung der Angeklagten und des Zeugen entscheide zugunsten des letzteren. Die Verurteilung des Ehemanns wegen wissentlich falscher Anschuldigung desselben Schutzmanns deute auf eine Vereinigung der beiden hin. Kaum in einer andern Sache sprächen mehr Umstände gegen einen Angeklagten. — Wegen Diebstahls einer halben Schlafdecke im Werte von 5 Mark wurde ein junges Bufettmädchen zu einem Tage Gefängnis verurteilt. Die Strafe ist durch die achttägige Untersuchungshaft verbüßt.

mh. **Bau und Tätigkeit des menschlichen Körpers.** Volksbildungskurse im Johanneum. Die Abhaltung von Volksbildungskursen ist etwas Neues für Lübeck und bedeutet einen ersprießlichen Fortschritt auf dem Gebiete des Bildungswesens. Zu dem am gestrigen Abend beginnenden Vortragszyklus des Herrn Dr. Döring über das obige Thema hatte sich ein zahlreiches Arbeiterpublikum eingefunden, das mit großer Aufmerksamkeit den interessanten Darlegungen des Referenten folgte. In seinem ersten Vortrag befaßte Herr Dr. Döring sich mit dem Skelett des Menschen, während die folgenden Vorträge sich auf die Nerven- und Muskelgewebe, die Sinnesorgane, die Atmungswerkzeuge und die Ernährungs- und Ausscheidungsorgane erstrecken werden. Das Skelett dient dem Zwecke, dem Körper Festigkeit und Elastizität zu verleihen. Es setzt sich aus dem Kopf-, Rumpf- und Gliedmaßenskelett, sowie der Wirbelsäule zusammen. Bei der Besprechung der Wirbelsäule zog der Vortragende Vergleiche mit derjenigen der Wirbeltiere, deren Gestaltung bei den folgenden Tiergruppen von der einfachsten bis zur komplizierteſten Form aufsteigt: Fische, Frösche, Eidechsen, Schildkröten, Vögel und Säugetiere. Im weiteren Verlaufe seines Vortrages behandelte Herr Dr. Döring das Schädelskelett, die Halswirbelsäule, den Brustkorb und das Skelett der Glieder, wobei er durch demonstrative Vorführungen den Zuhörern das Behandelte aufs deutlichste klarlegte.

Jahresbericht des Arbeiter-Abstinenten-Bundes, Ortsgruppe Lübeck. Im Berichtsjahre wurde von der Ortsgruppe eine rege Tätigkeit entfaltet. Zu Beginn des Jahres 1912 hatte unsere Ortsgruppe 29 männliche und 2 weibliche Mitglieder. Am Schlusse des Jahres ist der Mitgliederbestand 56 männliche und 4 weibliche. Die Ortsgruppenkassenrechnung verzeichnet eine Einnahme von 292,13 Mark, der eine Ausgabe von 192,30 Mark gegenübersteht, sodaß ein Kassenbestand von 99,83 Mark verbleibt. Der Gesamtumsatz im Schriftenverkauf betrug 126,35 Mark. Mitgliederversammlungen wurden im Berichtsjahre 23 abgehalten, in 5 von diesen wurden Vorträge gehalten. Die Propaganda im verflossenen Jahre wurde eingeleitet von seiten der Guttempler. Im April fand eine Antialkoholausstellung in der Katharinenkirche statt; auch dem Arbeiter-Abstinenten-Bund wurde eine besondere Abteilung eingeräumt. Die Ausstellung bot den Besuchern einen Einblick in die verheerenden Wirkungen des Alkohols und dürfte manchem zum Nachdenken veranlaßt haben. Aus Anlaß dieser Ausstellung war ein Teil der Alkoholinteressenten recht nervös geworden; sie stellten die Darbietungen als übertrieben hin. Auf Grund dieser Nervosität lenkten sie erst recht die Öffentlichkeit auf die Ausstellung hin, die Besucherzahl war an den beiden Ostertagen eine ziemlich große. Diese Situation nutzten die Abstinenzvereine aus, und beriefen öffentliche Volksversammlungen ein. Auch wir hielten eine Volksversammlung im Gewerkschaftshause ab, in der Genosse Davidsohn vor zirka 1000 Personen sprach. Ferner wurde eine Eingabe von sämtlichen Abstinenzvereinen an den Senat gerichtet betreffs Einführung des Pollardsystems. Erreicht wurde, daß der Senat beschloß, das System versuchsweise einzuführen. Um den Schnapsboykottbeschluß nicht ganz in der Arbeiterbewegung zum Vergessen zu bringen, wurde eine Resolution, bezugnehmend auf den Branntweinboykottbeschluß, als Antrag zum Parteitag von der Ortsgruppe in einer Parteiversammlung gestellt. Die Resolution, die eine Verschärfung des Beschlusses fordert, wurde im ersten Teil angenommen. Der letzte Abschnitt, der die Parteipresse verpflichtet, keinerlei Anzeigen oder Anpreisungen derartiger Getränke aufzunehmen, sowie in Volks- und Gewerkschaftshäusern den gesamten Spirituosenverkauf einzustellen, wurde abgelehnt. Auch hier bot der Antrag ein Anlaß, um sich über die verschiedenen Ansichten, die unter den Parteigenossen über die Alkoholfrage bestehen, auszusprechen. Am 1. Mai wurden von einem großen Teil unserer Genossen 3000 Merkkarten vor mehreren Betrieben verteilt. Auf dem Landgebiet wurden verschiedene Volksversammlungen abgehalten; besonders wurde Schwartau in drei Versammlungen bearbeitet. Nach alledem ist es uns gelungen 12 Mitglieder in Schwartau zu gewinnen. Weitere Volksversammlungen wurden abgehalten in Travemünde, Schlutup, Stockelsdorf und Moisling. Der Besuch war mäßig, trotz der Laufzettel, die durch die tätigen Parteigenossen in den Orten verteilt wurden. Waren wir mit der Aufklärungsarbeit zum erstenmal vor die Landbevölkerung getreten, so fanden wir doch aufmerksame Zuhörer, die mit Interesse den Ausführungen des Referenten folgten. In allen Versammlungen wurden die Flugblätter Nr. 1 (Was wollen die abstinenten Arbeiter) verteilt. Wir konnten die Aufklärungsarbeit finanziell gut bestehen, da uns im Berichtsjahre von einem hiesigen Herrn 200 Mark als Mittel zum Kampf gegen den Alkohol überwiesen wurden. Von anderer Seite wurden 200 Broschüren über die Alkoholfrage unserer Ortsgruppe überwiesen, diese sind durch unsere Genossen in verschiedenen Betrieben kostenlos verteilt worden. Der größte Teil unserer Mitglieder war bei all diesen Unternehmungen stets bereit, mitzuhelfen. Auf diese Weise war es möglich, all die Aufklärungsarbeit in der Arbeiterbewegung Lübecks und Umgegend zu beschicken.

pb. **Gestohlener Schloßkorb.** Von einem Hausflur eines Hauses in der Marlesgrube wurde am 3. d. M. ein neuer Schloßkorb gestohlen. Derselbe ist 73 Zentimeter lang und 42 Zentimeter hoch.

Wandsbek. Ein Bestechungsversuch bei der Bürgermeisterwahl bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor der Strafkammer I des Altonaer Landgerichts gegen den Tierarzt Hartmann aus Wandsbek. Hartmann hatte vor der Bürgermeisterwahl am 20. Mai 1912 den Stadtverordneten Johannes Bruhns aufgesucht und sollte ihm nach Bruhns' Aussage 1000 Mk. für den sozialdemokratischen Agitationsfonds und 200 Mk. für seine persönlichen Bemühungen geboten haben, wenn er veranlasse, daß 250 sozialdemokratische Wähler Bürgermeister Fischer-Forst wählten. Bruhns hat diese Dinge in einer öffentlichen Sitzung der Städtischen Kollegien mitgeteilt und Hartmann darauf eine Beleidigungsklage erhoben, die aber vom Amtsgericht und darauf von der Beschwerdeinstanz abgewiesen wurde. Die Staatsanwaltschaft hatte im öffentlichen Interesse wegen Beleidigung des Stadtverordneten Bruhns Anklage erhoben; der versuchte Stimmenkauf ist nicht strafbar. In der Verhandlung standen sich die Aussagen des Genossen Bruhns und des Tierarztes Hartmann gegenüber. Festgestellt wurde, daß Hartmann am 15. Mai abends, als Bruhns, der Rendant der Ortskrankenkasse ist, gerade Revision hatte, zur Besprechung einer persönlichen Angelegenheit zu Bruhns kam. Bruhns ging mit seinem Besucher in seine in der ersten Etage über den Bureauräumen gelegenen Wohnung. Hier fing Hartmann von gleichgültigen Dingen an, um schließlich bei der Frage nach der Stellung des Sozialdemokratischen Vereins zur Bürgermeisterwahl zu landen. Als Bruhns darüber jede Auskunft verweigerte, will Hartmann „seine Mission" als erfüllt angesehen und mit der Bemerkung gegangen sein, es seien ja 1000 Mark vorhanden, und es müsse nun feste agitiert werden. Über die Motive seiner Handlungsweise sagte er aber in der Verhandlung: „Ich glaubte für eine gute Sache zu handeln, wenn es gelingen

würde, daß Bürgerliche und Sozialdemokraten gemeinsam dafür eintreten würden, daß an die Spitze von Wandsbek ein äußerst tüchtiger und genialer Bürgermeister kommt." Bruhns blieb demgegenüber bei seiner Darstellung. Die beiden Revisoren, ein Malermeister und der Bureauvorsteher eines Wandsbeker Rechtsanwalts, sagten beide aus, daß Bruhns mit hochrotem Kopf und erregt ins Kassenzimmer zurückgekommen sei. Einer hatte auch erregte Stimmen gehört. Der Rechtsbeistand des Angeklagten baute seine ganze Verteidigung auf der Behauptung auf, der Angeklagte habe nicht Stimmen gewinnen, sondern nur „Erkundigungen einziehen" wollen, denn ohne die Beteiligung der Sozialdemokraten wäre die Wahl Fischers am 20. Mai gesichert gewesen. Und das, obwohl der Angeklagte ausdrücklich den Gewinn von Stimmen als den Zweck seines Besuchs bei Bruhns mit seiner oben wiedergegebenen Bemerkung zugegeben hatte. Obwohl noch Rechtsanwalt Dr. Herz, als Rechtsbeistand des Nebenklägers Bruhns, auf diesen offen zutage liegenden Widerspruch hingewiesen und auch der Staatsanwalt, der 150 Mk. Geldstrafe beantragte, sein möglichstes getan hatte, sprach das Gericht den Tierarzt Hartmann frei. Begründend wurde gesagt, gewisse Widersprüche zwischen den Protokollen der Voruntersuchung und den Aussagen in der Hauptverhandlung seien nicht aufgeklärt. Es bestehe die Möglichkeit, daß Bruhns durch „Mißverständnisse" zu „Irrtümern" gekommen sei und so sich eingeredet habe, Hartmann wolle ihn bestechen. Das Urteil ist so sehr ein Produkt silbenstechender Juristerei, daß dem beschränkten Laienverstand nichts übrig bleibt, als zu kapitulieren.

Eckernförde. Einen Mordversuch unternahm der Gelegenheitsarbeiter Mumm auf das beim Landmann Hagge in Owschlag bedienstete Mädchen Bruhn. Er hatte sich in die Kammer des Mädchens eingeschlichen. Bei ihrer Rückkehr schoß er aus einem Revolver mehrere Schüsse auf sie ab, wovon der eine ihr in die Schulter drang und ein anderer sie am Hals verletzte. Als der Landmann und ein Knecht hinzukamen, floh der Täter querfeldein, indem er auf seine Verfolger einen Schuß abgab, ohne sie jedoch zu treffen. Der Grund zu der Tat dürfte darin zu suchen sein, daß Mumm, obwohl verheiratet, dem Mädchen Liebesanträge gemacht hatte, die jedoch abgewiesen worden waren.

Jever. Mord? In der Nähe des Bahnhofes Ostiem wurde im Bahngraben die vom Schnee halbbedeckte Leiche des Werftarbeiters Holtermann aufgefunden. Die Leiche wies drei große Schnittwunden auf. Holtermann, der in Heidmühle wohnte, hatte Sonnabend an einer Bürgervereinsversammlung in Ostiem teilgenommen. Auf dem Heimwege muß er das Opfer eines Verbrechens geworden sein. Als der Tat dringend verdächtig wurde der Einlogierer des Holtermann, ein unverheirateter Gelegenheitsschlachter, verhaftet. Der Ermordete war verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Ribnitz. Schiffsstrandung an der mecklenburgischen Küste. Am 3. Februar, abends um 8 Uhr 30 Minuten, ist der holländische Dampfer „Titan", von Amsterdam nach Stettin mit Stückgut und Eisenschienen unterwegs, bei Dierhagen am Saaler Bodden gestrandet. An Bord befinden sich 15 Mann Besatzung. Das Rettungsboot von Wustrow war bald zur Stelle. Außerdem sind Bergungsdampfer aus Warnemünde, von Rügen und aus Gjedser requiriert. Die Decksladung wurde geworfen. Die Mannschaft befindet sich an Bord und hofft, den Dampfer abbringen zu können.

Bremen. Qualvoller Tod eines Maschinenbauers. Am Sonnabend, kurz vor Feierabend, arbeitete auf der Aktiengesellschaft „Weser" ein junger Maschinenbauer im Hauptlenzrohr des Linienschiffs-Neubaues „Ersatz Weißenburg". Zu gleicher Zeit wurde ein Nebenraum mit Wasser vollgepumpt, um ihn auf seine Dichtigkeit zu prüfen. Nachdem das geschehen war, ließ man das Wasser wieder ablaufen, und zwar ohne dabei die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Das Wasser lief nämlich in eine Doppelbodenzelle und in das darin liegende Hauptlenzrohr, in dem der Maschinenbauer beschäftigt war. Dieser versuchte zu flüchten. Das Hauptlenzrohr war aber an beiden Enden verschlossen, es führte nur ein Rohr nach oben, das aber so schmal war, daß er nur mit dem Kopfe hineinkommen konnte. In dieser qualvollen Lage ist dann der junge Arbeiter ertrunken. Herbeigerufene Ärzte und die Feuerwehr stellten mit dem „Pulmotor" zwei Stunden lang Wiederbelebungsversuche an, die jedoch erfolglos blieben. Es war mindestens eine grobe Fahrlässigkeit, daß sich der verantwortliche Betriebsleiter nicht vor dem Ablassen des Wassers überzeugte, ob sämtliche Arbeiter die unteren Schiffsräume verlassen hatten.

Briefkasten.

Fackenburg. Die Bedeutung der auf den Losungsscheinen angegebenen Buchstaben ist uns nicht bekannt.

B., Füchtingstraße. Erst kürzlich haben wir an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß Krankenkassen- und Invalidenbeiträge mit versteuert werden müssen, also nicht abzuziehen sind.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.

Am Donnerstag, dem 6. Februar abends 8½ Uhr
Sitzung
der an der Hausagitation beteiligten Kollegen.
879) **D. O.**

Sage allen auf der Kochschen Schiffswerft in der Meterbranche tätigen Kollegen meinen besten Dank für die mir zuteil gewordene Unterstützung.
S66 **H. Lühr.**

20 elegante Herren-Masken-Anzüge billig zu vermieten.
S27) Westhofstraße 37, part.

50 schicke Damen-Masken-Kost. billig zu vermieten. (711
Breite Straße 24, part. Flügel.

2 schicke **Damen-Masken-Kostüme** billig zu vermieten.
867) Depenau 25.

Ein **Damen-Masken-Kostüm** für 2.50 Mk. zu vermieten. (865
Langer Lohberg 30-32, III.

Zwei Masken-Anzüge (Abt und französische Kammerzofe) billig zu vermieten.
870) Schwartauer Allee 61, part.

Achtung Radfahrer!
Neu! **Patent-Stahldraht-Pneumatik** Neu
Ersatz für den Luftschlauch, kein Luftaufpumpen, keine Schlauchreparatur, man fährt jetzt tadellos auf dem unverwüstlichen Patent-Stahldraht-Pneumatik.
General-Vertreter
für Lübeck, Fürstentum Lübeck und Holstein:
P. F. Bensien, Lübeck.
Verkauf u. Lager
sowie alle briefl. Anfragen nur bei
W. Klüssendorf
Lübeck 795
Hüxstr. 116. Telephon 1159.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zahlungsziel stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken

Heraus aus der Kirche!
Alle diejenigen, die mit der Religion gebrochen haben, sollten **aus der Kirche austreten.** Der **Protest** dagegen werden, daß die Religion als hauptsächlichstes Verdummungs- und Ausbeutungsmittel benutzt wird. Der Kirchenaustritt muß eine **Kundgebung gegen den Gewissenszwang** sein, dagegen, daß wir noch gezwungen werden, unsere Kinder an dem unwissenschaftlichen Religionsunterricht teilnehmen zu lassen. Deshalb:
Heraus aus der Kirche!
Ortsgruppe Lübeck des Zentralverbandes der proletarischen Freidenker Deutschlands.
876 Auskunft erteilt: **Wilhelm Dierk, Hüxstraße 68.**

Hintze & Stech
Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 882
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.

Trinkt
3) **Buntekuh-Kümmel**
Dampfkorn-Brennerei Buntekuh.

Zirka 4000 Pfund
fetten schön gekochten Schweizer Käse
Pfund 80, 90, 1.00 bis 1.20 Mk.
Zirka 3000 Pfund
alten fetten Holländer Käse (delikat im Geschmack)
Pfund 1.00 und 1.20 Mk.
Zirka 2800 Pfund
fetten Limburger Käse (pikante Ware)
Pfund 60 und 70 Pfg. 836
Hans Dittmann
Fleischhauerstr. 9. Fernspr. 1223.

Moderne Photographien
zu billigen Preisen.
Atelier Lubeca, Breitestr. 13.
Sonn- und Wochentags den ganzen Tag geöffnet; des Abends Aufnahmen bei elektr. Licht. (497

Glasscheiben
aller Art billigst, auch im einzelnen. Kitt, Draht, Glaserdiam. v. 4.M. an. Oscar Taschnitz, Fensterglas-Handl. Hüxtertor-Allee 13. — F. 818. (405

Suche 0,1 blauen Wimpel. (869
Kaufmann, Schwartauer Allee 84a.

Zufall. Wunderschöne moderne Garnitur nur 90 M., zu verk. Lager Wahlstr. 82, part. (712

Maskenkostüme
in großer Auswahl empfiehlt billig. Komme auf Wunsch nach auswärts.
535) **G. Will,** Wahnstr. 71.

Schönes trockenes
Buchen-Abfallholz
ab Fabrik 80 Pfg. und frei Haus 1 Mk. pro Sack. (4
F. E. Schacht & Co.,
Tel. 239. Moislinger Allee 41.

Heute prima **Lachsabfall.**
881) Mag. Fick, Fleischhauerstr. 43.

Achtung Zimmerer.
Die Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, dem 6. Februar 1913 fällt aus.
880) Der Vorstand.

Vorträge der Oberschulbehörde.
Augenarzt Dr. med. Schlodtmann: Vom menschlichen Sehen.
4 Vorträge: Donnerstag, den 6., 13., 20. und 27. Februar in der Aula des Johanneums abends 8½ Uhr. (804
Eintrittskarten zum Preise von Mk. 1.— sind in den bekannten Stellen und an den Vortragsabenden im Johanneum zu haben.

Chorverein Lübeck.
Die nächste Gesangstunde findet umständehalber nicht am Freitag, sondern am **Donnerstag, dem 6. Februar** statt.
877) Der Obmann.

Hausdiener u. Fensterputzer!
Sektions-Versammlung
am Donnerstag, 6. Februar abends 8¾ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.
Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
Um recht zahlreiches Erscheinen der Kollegen ersucht
872) Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität".
Ortsgruppe Lübeck.
Versammlung
am Donnerstag, 6. Februar abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52
868) Der Vorstand.

Zu meinem am **Donnerstag,** dem 6. Februar stattfindenden
Eisbein-Essen
lade hiermit freundlichst ein.
Restaurant „Zur Ostsee"
878 H. Böttcher.
Anfang 10 Uhr morgens.

Zentral-Hallen
Dankwartsgrube 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr. Ende 12 Uhr.
2)

Kalnbergs Variete
874) Täglich 8 Uhr:
Heitere Künstler-Abende.
Dazu der Possenschlager:
Einen Tag vor d. Hochzeit
mit Heinr. Kalnberg.

Gesangverein Amicitia Seeretz.
Einladung zum
Maskenball
verbunden mit
Kappenfest
am Sonntag, dem 9. Februar im Lokale des Herrn E. Cordts.
Ballanf. 6 Uhr. Maskenzug 8 Uhr. Demaskierung 10 Uhr.
Eintritt für unmaskierte Herren an der Kasse 1.20 Mk., im Vorverkauf 1 Mk., eine Dame frei.
Einzelne Dame 40 Pfg. Maskierte Herren 80 Pfg., maskierte Damen 30 Pfg.
873) Das Festkomitee.

Hansatheater
Heute und folgende Tage:
Anfang 8¼ Uhr. 875
Rund um die Alster mit Gebrüder Wolf.
(Die Vorstellg. 11¹⁰ U. beend.)
Nach d. Vorstell. ab 11 Uhr:
Kabarett 64 Karnevalstimmg. Neues Programm
Sonntag nachm. 4 Uhr (kleine Preise):
Wissenschaftl. Bildervortrag:
Deutschlands Erhebung.
Abends 8¼ Uhr:
Rund um die Alster.

Neues Stadttheater.
Donnerstag, den 6. Februar 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10½ Uhr.
119. V. i. Voll-Ab. 20. V. i. Donnst.-Ab.
Gudrun.
Trauerspiel von Ernst Hardt.
Mittelpreise. (845
Freitag, den 7. Februar 1913.
Anfang 6½ Uhr. Ende 10¾ Uhr.
2. Vorst. im Sonderabonnement.
120. Vrst. i. V.-A. 20. Vrst. i. Freitag-A.
Der Ring des Nibelungen.
2. Tag:
Die Walküre.
Brünnhilde — Frau Drill-Orridge vom Stadttheater in Hamburg.
Erhöhte Preise. 871
In Vorbereitung: Der Teufel. Von Molnar.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 30. Mittwoch, den 5. Februar 1913. 20. Jahrg.

Landkrankenkassen für industrielle Großstädte.

Welches Unheil mit der Zulassung von Landkrankenkassen geschaffen worden ist, zeigt die Tatsache, daß eine Reihe von Groß- und Industriestädten, wie Düsseldorf, Dortmund, Münster, Buer, Recklinghausen von dem Rechte, Landkrankenkassen zu gründen, Gebrauch gemacht haben. Daß für Großstädte und ausgesprochene Industriestädte das Recht zur Gründung solcher minderwertiger Kassen nicht in Frage kommen sollte, ist bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung ausdrücklich betont, und war sogar schon in den Motiven gesagt worden. Die Praxis zeigt aber, daß selbst das scheinbar Unmögliche möglich gemacht wird, daß die Reaktion versteht, die Reichsversicherungsordnung sich in noch viel höherem Grade dienstbar zu machen, als das größte Mißtrauen in die Auslegungskunst erwarten ließ.

Im Bochumer Stadtverordnetenkollegium, das gleichfalls die Errichtung einer Landkrankenkasse beschlossen hat, brachte es sogar der Vertreter des Magistrats, ein Stadtrat namens Fißmer, fertig, zu behaupten, daß die Landkrankenkasse die eigentliche Regel im neugeordneten Krankenversicherungswesen bilden solle. Die Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen seien als Ausnahme zu betrachten. Das gehe auch daraus hervor, daß die fernere Zulassung der bisherigen Ortskrankenkassen als allgemeine Ortskrankenkassen erst von den Aufsichtsinstanzen nachgesucht werden müsse. — Diese Argumentation zeigt, wie die reaktionären Elemente aus jeder Blüte Honig zu saugen verstehen.

Der Stadtrat von Bochum hatte tatsächlich den Mut, die Errichtung einer Landkrankenkasse für die Industriestadt Bochum mit ihren 140 000 Einwohnern, in der bereits heute neben einer leistungsfähigen Ortskrankenkasse 12 Betriebs- und 6 Innungs-Krankenkassen bestehen, zunächst damit zu begründen, daß eine Landkrankenkasse für höchstens 4500 Mitglieder keine Zersplitterung bedeute.

Derselbe Stadtrat hat vor ein paar Jahren die Auflösung der Gemeindekrankenkasse zugunsten der Ortskrankenkasse ausdrücklich mit dem Zentralisationsprinzip begründet.

Um den Versicherungspflichtigen die Sache schmackhaft zu machen, wurde ihnen vom Stadtrat unter Verwendung willkürlicher Zahlen vorgerechnet, daß sie sich hinsichtlich des Krankengeldes nicht schlechter stehen würden, als in der Ortskrankenkasse. Das geringere Sterbegeld könne nicht in Frage kommen, da die meisten Versicherten ja ledige Dienstboten sein würden. Ebenso wenig könne die nur vierwöchentliche Ruhezeit für Wöchnerinnen eine Rolle spielen, denn „im Interesse der 3200 weiblichen Dienstboten, die der Landkrankenkasse angehören würden, dürfe man annehmen, daß nur wenige von ihnen in die Lage kommen werden, diese Unterstützungsform in Anspruch zu nehmen. Zudem seien vier Wochen auch völlig genügend. Beamtenfrauen könnten sich keine vier Wochen Ruhe leisten."

Nach diesen vielversprechenden Präludien konnte des Pudels Kern enthüllt werden: Die „politischen Einflüsse", die sich gelegentlich der Wahlen bei den Ortskrankenkassen bemerkbar machten, werden den Herrschaften keine Sorgen machen. Die Mehrheitsparteien des Reichstags hätten bei Schaffung der Bestimmungen über die Zulassung von Landkrankenkassen sich von dem Gedanken leiten lassen, politische Momente von der Krankenversicherung fernzuhalten. Das Stadtverordnetenkollegium möge selbst entscheiden, ob es diesen nationalen Gründen Rechnung tragen wolle.

Unverblümter ist wohl in keiner Groß- oder Industriestadt die Rechtlosmachung eines großen Teils der der Krankenversicherungspflicht neu unterstellten Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten worden wie hier. Man muß sich nämlich vergegenwärtigen, daß nicht nur Städte wie Köln, Essen (in Düsseldorf hat der Oberbürgermeister den Ausschlag zugunsten der Landkrankenkasse gegeben) die Errichtung einer Landkrankenkasse abgelehnt haben, sogar der Kreistag des Landkreises Bochum und der Landkreis Essen haben die Errichtung von Landkrankenkassen abgewiesen; ja bis in das schwarze Sauerland hinein hat sich die Ablehnung von Landkrankenkassen erstreckt.

Ironie der Geschichte, daß die Zentrumsarbeitervertreter in Bochum sich genötigt sahen, zu erklären, die Landkrankenkassen seien vom Zentrum und den Nationalliberalen nur „geschluckt" worden, um nicht die ganze Reichsversicherungsordnung scheitern zu lassen. Mit anerkennenswertem Nachdruck haben die Bochumer Zentrumsarbeitervertreter das Unrecht geschildert, das den unter die Landkrankenkassen fallenden Versicherten zuteil werden würde; mit Recht wiesen sie auf die Rücksichtslosigkeit hin, die darin lag, daß der Magistrat den Stadtverordneten über diese wichtige Vorlage nicht einmal eine mit statistischem Material belegte schriftliche Begründung vorgelegt, daß er vielmehr sich über seine Stellung zur Frage der Errichtung einer Landkrankenkasse, an die im Ernst niemand gedacht hatte, ausgeschwiegen und vier Stunden vor Ablauf der Frist den Stadtverordneten die Frage zur Entscheidung vorgelegt hat.

Half alles nichts. Die paar Zentrumsarbeitervertreter, die von Werksherrengnaden im Stadtparlament sitzen, blieben allein. Noch nicht einmal ihre eigenen Fraktionskollegen, die „besseren Katholiken", hielten es für nötig, eine Lanze für das Recht der Dienstboten zu brechen. Ihr Führer, der als Referent der Ausschüsse die Vorlage zu vertreten hatte, machte nur die schüchterne Bemerkung, daß er persönlich gegen eine Landkrankenkasse sei. Mit 22 gegen 12 Stimmen wurde die Errichtung einer Landkrankenkasse für Bochum beschlossen!

Die Schuldigen sind die Mehrheitsparteien, die allen Gründen der Gerechtigkeit und allem modern-sozialen Geiste zum Trotz, aus Haß gegen die Selbstverwaltung, aus Furcht vor der Sozialdemokratie die Einrichtung der Landkrankenkasse in die Reichsversicherungsordnung hineinbringen halfen. Bei ihnen haben die entrechteten Versicherungspflichtigen sich zu bedanken.

Ungarn vor dem Generalstreik.

In Ungarn wird intensiv an den Vorbereitungen für den Generalstreik gearbeitet. Am letzten Sonntag fanden wieder in der Provinz 22 Versammlungen statt, in welchen die Bürgerschaft sich mit den Arbeitern solidarisch erklärte. Am Donnerstag, dem 6. Februar, beginnt der Parlamentsausschuß seine Beratungen über das Wahlrechtsgesetz. Aus diesem Anlaß hat der Parteivorstand für Mittwoch abend in der Hauptstadt und Umgebung 41 Volksversammlungen einberufen, da befürchtet wird, daß der Generalstreik schon am 6. Februar seinen Anfang nimmt. Der Parteivorstand v schickt heute wieder ein Flugblatt nach allen Gegenden, w ches die Aufschrift trägt: „Rüstet zum Generalstreik." Di Flugblatt wird in ungarischer, deutscher und slawisc Sprache herausgegeben.

Am Sonntag beschloß der Fabrikantenbund eine Ei gabe an den Reichstag, worin er die Regierung aufforde in das neue Wahlgesetz die Bestimmung aufzunehmen, d jeder industrielle Arbeiter, der das 24. Lebensjahr erreic hat und zwei Jahre in einer Gemeinde seßhaft ist, das Wal recht besitzen soll.

In einem hauptstädtischen Bezirk ist durch das Ableb eines Abgeordneten eine Neuwahl notwendig. Sämtlic oppositionelle Parteien beabsichtigen, dort einen Kandidat gegen die Regierung aufzustellen, und der Sieg der Opp sition ist gewiß.

Großes Interesse wird auch der Verhandlung entgege gebracht, welche am 17. Februar ihren Anfang nimmt. B kanntlich hat der gewesene Staatssekretär Desy im vorig Jahre den Ministerpräsidenten Lukacz mit dem Titel bele daß er der größte Panamist der Welt sei. Der Ministerpr sident hat die Klage gegen Desy erhoben. Hauptstädtisc Blätter veröffentlichen jetzt Desys Beweismaterial. Sei Beschuldigungen zerfallen in fünf Hauptgruppen. Die ers bezieht sich auf einen mit der ungarischen Bank- und Handel Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag über die Pachtverläng rung des Salzgefälles, den Lukacz seinerzeit als Finan minister, wie Desy behauptet, unter der Bedingung verlä gert haben soll, daß die Bank drei Millionen Kronen, die s dem Aerar hätte abführen sollen, der Wahlkasse der Natt nalen Arbeiterpartei überlasse. Unter ähnlichen Bedingu gen sollen auch die die Südfruchtauktionen und die Unte stützung der Hausindustrie-Artikel bezüglichen Verträ verlängert worden sein. Die zweite Gruppe bezieht sich a Geldsendungen an die Obergespane, die dritte auf eine Affä der Paketttransportgesellschaft, die vierte auf den Verka eines Hauses des Herrn v. Lukacz an den Staat, die fünf auf die Stellung des Herrn v. Lukacz als Präsident d Klassenlotteriegesellschaft.

Ein offiziöses Communiqué versucht, diese Anklagen m der Behauptung zu entkräften, daß Desy längst erledigte un erörterte Angelegenheiten neu aufwärme. Die Hauptve handlung wird ja erweisen, wer nun recht hat.

Aus der Partei.

Der sozialdemokratische Frauentag findet in diese Jahre am 2. März statt. Sind an einzelnen Orten passend Lokale für den 2. März schwer zu bekommen, können d Versammlungen auf den 3. März verlegt werden.

Sozialdemokratie und Jubiläumsrummel. I Königsberg veranstalteten am Sonntag die Parteigenosse aus Anlaß der Jahrhundertfeier der Befreiungskriege un der bevorstehenden Kaisertage eine Demonstrationsversamm lung, in der Genosse Haase über die Befreiungskriege un über die deutsche Volksfreiheit sprach. Der Andrang de Massen war so groß, daß die Versammlung trotz de herrschenden Schneesturmes ins Freie verlegt werden mußt Die von etwa 3000 Personen besuchte Versammlung nahm einen prächtigen Verlauf, trotz des Unwetters.

Der Schmerzensschrei des Reichsverbandes. Den Reichsverband gegen die Sozialdemokrati muß es sehr elend gehen. Es ist bekannt, daß eine begütert Dame in Böhmen der österreichischen Sozialdemokratie 150 000 Kronen vermacht hat. Voller Weh mut nimmt der Reichsverband in Nr. 3 seiner Korresponden von dieser betrüblichen Kunde Notiz und preßt sich folgende Schmerzensschrei ab: „. . . Äußerst selten liest man in de Zeitungen, daß eine Persönlichkeit, die mit Glücksgütern in Überfluß gesegnet war, eine wirklich große Summe für einen nationalpolitischen Zweck vermacht hätte. Dami würde das finanzielle Rückgrat von Organisationen

Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(1. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Zweites Kapitel.

Der Sturz des Kapitäns Schümann war einige Zeit lang ein willkommener Unterhaltungsstoff in den Wellhafener Seemannskreisen. Im „Becher", einem altmodischen Wirtshaus mit gepflastertem Hofplatz und hölzernen Balkons, die fast über den Kirchhof herunterhingen, schrieben seine Kollegen alles einem Justiz-Irrtum zu, in den „Zwei Schoonern" am Kai waren die rauhbeinigsten unter den Matrosen bereit, an eine allwissende Vorsehung zu glauben, welche für anmaßende Kapitäne nichts übrig hat.

Der Leidenskelch des Kapitäns wurde bis zum Rand gefüllt durch die Berufung seines ersten Offiziers in das Kommando der „Fortuna". Es war bei weitem das größte Schiff, welches von Wellhafen ausfuhr, und sein Kapitän hatte daher eine entsprechend würdevolle Stellung gegenüber den Kapitänen kleinerer Schiffe. Die Huldigung dieser wurde nun auf Kapitän Thießen übertragen, und der Kapitän einer Brigg, welche sich in den letzten Stadien der Altersschwäche befand, demonstrierte Schümann, als er ihn im „Becher" traf, mittelst zweier Streichhölzer tatsächlich, wie sich die Kollision hätte vermeiden lassen.

Ein rührender Zug in der Sache und infolge des gefühlvollen Beifalls, den er dadurch hervorrief, eine Quelle größter Befriedigung für Herrn Wilkens, war sein Verzicht auf den Posten des Stewards auf der „Fortuna". Ganz Wellhafen flüsterte sich die Neuigkeit zu, daß er es nach achtzehnjährigem Dienst bei Kapitän Schümann vorzöge, am Land Hungers zu sterben, als unter einem anderen Herrn zu dienen. Obgleich er sich etwas gespart hatte und man wußte, daß er bei seiner Mutter lebte, die einen kleinen Kramladen hielt, betrachtete man ihn doch als einen Menschen am Rande des Hungertodes. Ueberall wurde er zu einem Trunk eingeladen, und die Geschichte seines Edelmutes noch durch viele Ausschmückungen aufgebauscht. Man erkannte allgemein an, daß die ganze Klasse der Stewards durch seine Handlungsweise neuen Glanz erhalten hatte.

Die einzige ungünstige Kritik über ihn rührte von dem im Irrtum befangenen Kapitän selbst her. Er sandte eine gebieterische Aufforderung an Herrn Wilkens, ihn in seinem Hause aufzusuchen, und in dem Augenblick, wo er dieses personifizierte Stück Redlichkeit zu Gesicht bekam, putzte er ihn wegen seines Charakters und seiner persönlichen Fehler in einer Weise herunter, wie Herr Wilkens es sich nie hätte träumen lassen. Zum Schlusse befahl er ihm, sich unverzüglich an Bord zu begeben.

„Ich bitte um Entschuldigung, Käppen," sagte Herr Wilkens mit leisem Vorwurf, „aber das kann ich nicht."

„Wollen Sie denn Ihrer Mutter auf der Tasche liegen, Sie fetter Lump?" sprudelte der entrüstete Kapitän hervor.

„Nein, Käppen," erwiderte Herr Wilkens, „ich habe ein paar Groschen gespart, genug für meine geringen Bedürfnisse, bis wir wieder in See gehen."

„Wenn ich wieder in See gehe, würden Sie doch nicht mit mir kommen," zürnte der Kapitän. „Es scheint mir, Sie suchen nach einer Entschuldigung, um sich sechs Monate an Land voll zu zechen."

Herr Wilkens drehte seine Mütze zwischen den Händen und lächelte schwach.

„Ich dachte, daß Sie mir vielleicht gestatten würden, hierher zu kommen, bei Tisch aufzuwarten, beim Messer- und Stiefelputzen und ähnlichem zu helfen", sagte er zaghaft. „Anna ist's recht."

„Machen Sie, daß Sie aus dem Hause kommen," sprach der Käpitän in ruhig abgemessenem Tone.

Herr Wilkens ging, aber auf seinem Wege nach der Gartenpforte las er drei Stücke Papier auf, die in den Garten geweht waren, jätete zwei Grashalme aus dem Kiesweg und entfernte sorgfältig einen welken Zweig von einem Lorbeerbaum gegenüber dem Fenster. Er würde noch mehr getan haben, verließ aber auf Grund eines befehlshaberischen Klopfens an der Fensterscheibe niedergeschlagen das Grundstück und warf seine Sammlung von Müll über den Zaun des nächsten Gartens, an dem er vorbeikam.

Aber am nächsten Tage zeigten die Stiefel des Kapitäns eine solche Politur, daß er sein eigenes bestürztes Gesicht darin spiegeln konnte, und zur Mittagszeit war der Glanz der Messer so auffallend, daß Frau König Anna hereinrief, um sie zu fragen, weshalb sie dieselben denn nicht immer so herrichte, wie heute. Ihr Bruder aß schweigend sein Mahl, und als er nachher auf sein Zimmer ging, entdeckte er, daß jedes Paar Stiefel, welches er besaß, voran die großen Seestiefel, in einer hübsch ausgerichteten Reihe an der Wand standen, und alle nach Kräften vor Sauberkeit glänzten.

Zwei Tage lang hielt Herr Wilkens es mit der Heimlichkeit, indem er es Anna überließ, zu erröten, wenn man sie rühmte, aber am dritten Tage, bei Tische, als der Kapitän sein Tranchierbesteck ergriff, wurde er einen Schatten gewahr, welcher hinter seinem Stuhl stand, einen Schatten in einer blauen Jacke mit metallenen Knöpfen, der den ersten mit Fleisch versehenen Teller aufnahm, ihn zu Frau König trug und sie darauf mit den Gemüseschüsseln bediente. Die Schüsseln klapperten ein wenig auf seinem Arm, als er den Kapitän bediente, aber der letztere, nach einer eindrucksvollen Pause und einem vergeblichen Versuch, einen Blick von Herrn Wilkens aufzufangen, nahm doch den Löffel und bediente sich. Aus dem ungewohnten Schweigen von Fräulein Schümann gegenüber etwas Ungewöhlichem, wurde ihm klar, daß die ganze Sache sorgfältig abgekartet worden war. Er aß schweigend, und der Beschluß, Herrn Wilkens aus dem Hause zu werfen, verschwand gegenüber der unverkennbaren Annehmlichkeit, von dem vornehmen Anstrich, den seine Anwesenheit dem Mahle gab, gar nicht zu reden. Herr Wilkens wieder etwas sicherer geworden, zwinkerte Fräulein Schümann vergnügt zu, worauf in gleicher Weise zu antworten sie sich vergeblich bemühte, obgleich sie viel Zeit auf Versuche Erregung gelegentlich seine Bicepsmuskeln gezeigt hatte.

An dem Tage, welcher diesem folgte, machte Max Schümann auf Anstiften seiner Schwester einen Versuch, die Ehre der Familie zu rächen. Obgleich Fräulein Schümann ihn mit geringer Artigkeit behandelte, hatte sie ein rührendes Vertrauen in seine Tapferkeit; ein Vertrauen, welches teilweise daher rührte, daß ihr Bruder ihr in Augenblicken der Erregung gelegentlich seine Bicepsmuskeln gezeigt hatt.

„Da geht dieser abscheuliche Ernst Thießen," sagte sie plötzlich, als sie die Straße entlang gingen.

„Ja," erwiderte der junge Herr Schümann, ohne irgendwie besonderen Enthusiasmus zu entfalten.

„Halloh, Max!" rief der junge Herr Thießen über die Straße hinweg.

„Halloh!" gab der andere zurück.

„Er will Dich verhauen," kreischte Fräulein Schümann, welche die Liebenswürdigkeiten für übel angebracht hielt, „das hat er gesagt."

Der junge Herr Thießen kam über die Straße herüber.

„Warum?" fragte er überrascht.

„Weil Du ein ungezogener, abscheulicher Bengel bist," erwiderte Fräulein Schümann und hielt den Kopf hoch.

„Oh," sagte der junge Thießen verblüfft.

Die beiden Herren standen einander gegenüber und sahen sich mit unbehaglichem Grinsen an; die Dame stand in atemloser Erwartung dabei. Die Ungewißheit wirkte peinlich.

„Wen starrst Du an?" fragte der junge Schümann schließlich.

„Dich!" erwiderte der andere. „Und wen starrst Du an?"

„Dich!" sagte herausfordernd der junge Schümann.

Es entstand eine lange lange Pause, beide Herren hatten augenscheinlich einige Schwierigkeit, sich in genügende Erregung für ihr Auseinanderplatzen hineinzuarbeiten.

(Fortsetzung folgt.)

die den Kampf gegen die Sozialdemokratie als ihre Hauptaufgabe betrachten, wesentlich gestärkt werden." — Wir glauben, daß das Geheimnis, warum kein Reicher daran denkt, dem Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie 150 000 Mk. zu vermachen, ziemlich leicht zu ergründen ist. Man will sein Geld doch zweckentsprechend verwendet sehen. Daß aber das Unternehmen der Herren von Liebert und von Zedlitz nicht das geringste gegen uns ausrichten kann, hat das immense Wachstum unserer Partei seit der etwa zehnjährigen Existenz des Reichsverbandes auch denen offenbart, die für eine erfolgversprechende Bekämpfung der Sozialdemokratie wohl einen Batzen riskieren würden.

Gewerkschaftsbewegung.

Die 20. Generalversammlung der Zimmerer tagt gegenwärtig in Anwesenheit von 185 Delegierten, 19 Gauleitern und den Vertretern der übrigen Verbandskörperschaften in Berlin. In der Eröffnungsrede wies Schrader darauf hin, daß vor 30 Jahren in Berlin der Grundstein der Organisation gelegt worden sei. Den Geschäftsbericht des Vorstandes erstattet Schrader. Demselben ist zu entnehmen, daß die Befürchtung, der Verband würde durch den auf der letzten Generalversammlung eingeführten Extrabeitrag geschädigt werden, nicht eingetreten sei. Im Gegenteil: die Mitgliederzahl sei in dieser Zeit um 9000 gestiegen. Zu bedauern sei die starke Fluktuation. Sodann erstattete Redner den Bericht über die Lohnbewegungen, Tarifwesen und vom Zentralschiedsgericht, der bekannt ist. Zum Schluß machte Redner darauf aufmerksam, daß die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung eine immer größere Steigerung erfahren. Dieser ungesunde Zustand sei auf die Dauer nicht haltbar. — Dem von Römer erstatteten Kassenbericht ist zu entnehmen, daß das Vermögen in der Berichtszeit um 2 896 000 gestiegen ist. Bringmann-Hamburg berichtete, daß die Auflage des „Zimmerer" gegenwärtig 71 000 beträgt.

In der Debatte wurde u. a. die Tätigkeit der tariflichen Schlichtungskommissionen kritisiert und betont, daß die Tariftreue der Arbeitgeber abgenommen habe. Ferner wurden Einrichtungen gewünscht, um die neugewonnenen Mitglieder mehr zu halten. Mehrere Redner traten der Auffassung Schraders entgegen, daß in den Mitgliederversammlungen nicht auch politische Fragen erörtert werden sollten.

Die Debatte wurde unterbrochen, um ein Referat von Elms über die Volksfürsorge entgegenzunehmen. Redner hofft, daß diese Institution recht bald ins Leben treten werde und behrach dann eingehend die inneren Einrichtungen der Volksfürsorge.

Der Bauschlossertarif in Stuttgart von den Unternehmern gekündigt. Im Jahre 1911 kam es nach einem mehrwöchentlichen sehr erbittert geführten Streik zum Abschluß eines Tarifs, der am 1. April d. J. abläuft. Der Streik bot damals den Christlichen eine weidlich ausgenützte Gelegenheit, sich als Streikbrecherlieferanten Engros zu etablieren, wobei sie sich noch eine ungeheure Blamage zuzogen, da die kostspielig herbeigelotsten Streikbrecher die eingearbeiteten tüchtigen Gesellen nicht ersetzen konnten. Jetzt haben die Unternehmer den Tarif gekündigt, wahrscheinlich in der Absicht, das Bestehende nach rückwärts zu revidieren. Das dürfte ziemlich schwer werden, und wenn die Unternehmer aus der letzten Tarifbewegung nichts gelernt haben, so müßten sie eben nochmals gezwungen werden, einzusehen, daß organisierte Arbeiter eine einmal errungene Position nicht so leicht preisgeben. Die Tarifkündigung im Schlossergewerbe Stuttgarts durch die Unternehmer läßt aber darauf schließen, daß auch an anderen Orten und in anderen Baubranchen die Unternehmer aggressiv gegen die Arbeiter vorzugehen gewillt sind. Hinter dem Angriffsplan steckt wohl niemand anders als der Unternehmerverband für das Baugewerbe.

Eine Bewegung für den Neunstundentag in der Groitzscher Schuhindustrie. Ein größerer Kampf steht in dem kleinen Städtchen Groitzsch bei Leipzig bevor. Die Arbeiter aus fünf Betrieben haben an den Verband der Schuhfabrikanten den Antrag gestellt, die neunstündige Arbeitszeit einzuführen. Verhandlungen lehnten die Unternehmer in Groitzsch ab, sie beauftragten jedoch den Industrie-Schutzverband (Sitz Dresden) mit der Führung der Unterhandlungen. Die Verhandlungen verliefen resultatlos, da die gemachten Zugeständnisse der Unternehmer zu gering waren. Sie machten folgendes Angebot: Die Arbeitszeit (bisher im Winterhalbjahr 58¼ Stunden, im Sommerhalbjahr 59¼ Stunden, zwei Betriebe 55¼ Stunden) bleibt bestehen. Am ersten Juli 1913 tritt eine Verkürzung auf 58 Stunden ein. Nachdem von den Vertretern der Arbeiter darauf hingewiesen wurde, daß ein solches Angebot undiskutabel sei, wurde ein weiteres Angebot gemacht, ab 1. Juli 1914 die Arbeitszeit auf 57½ Stunden zu beschränken. Die Verkürzung soll lediglich an Sonnabenden eintreten, an den übrigen Wochentagen soll die zehnstündige Arbeitszeit bestehen bleiben. Für dieses Zugeständnis wurde von den Arbeitern gefordert, auf Ansuchen der Fabrikanten an drei Sonntagen im Jahr zu arbeiten und für 10 Überstunden auf den Zuschlag zu verzichten. Wie zu erwarten, lehnte eine Versammlung der Arbeiter diese Vorschläge fast einstimmig ab. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Kündigung am 1. Februar einzureichen und auf die Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit bestehen zu müssen. Sollten die Fabrikanten auf ihrem Standpunkt verharren, ist eine Arbeitsniederlegung unvermeidlich, die zirka 400 Arbeiter und Arbeiterinnen umfassen wird. Arbeitsangebote von den Schuhfabriken in Groitzsch sind zurückzuweisen.

Kommunales.

Kommunalverwaltung und Angestelltenversicherung. Für die im Dienste der Stadt Hamburg u. A. beschäftigten Angestellten, die nicht von der Reichsversicherung für Angestellte befreit sind, müssen nach einer Berechnung des Magistrats jährlich 20 000 Mark Versicherungsbeiträge gezahlt werden müssen. In den diesen Angestellten der größte Teil doch bis zur Arbeitsunfähigkeit im Dienste der Stadt verbleibt, und dann regelmäßig Ruhegeld erhält, wie auch die Hinterbliebenen-Pensionen beziehen, haben die oberen städtischen Behörden beschlossen, dem größten Teil der Angestellten die Rechte zu gewähren, die die Befreiung von der Versicherung mit sich bringt. Ihnen ist zu diesem Zwecke Anspruch auf Pension und Hinterbliebenenversorgung in dem dem Versicherungsgesetz beigefügten Anschlußgesetz gegeben, und bei den auf Kündigung angestellten Beamten ist das Kündigungsrecht der Stadt von Vorhandensein eines wichtigen Grundes abhängig gemacht worden. Die Berechtigung der Kündigung kann der Beamte durch den Regierungspräsidenten nachprüfen lassen. Für die nichtbeamteten Hilfskräfte ist eine gleiche Regelung nicht erfolgt, um ihnen die Freizügigkeit nicht zu erschweren. Sie werden deshalb an der Angestelltenversicherung teilnehmen. Hierfür wird die Stadt anfangs den vollen Beitrag mit jährlich ca. 7000 Mark aufzuwenden haben. Später wird sich die Leistung der Stadt vermindern, da den Versicherten aus der einen Gehaltserhöhung an die gesetzliche Grenze des Versicherungsbeitrages gewährt werden soll.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Preßprozeß gegen die „Nordd. Allgem. Zeitung". Die „Neue Gesellschaftliche Korrespondenz" brachte vor einiger Zeit einen Artikel zu den Balkanwirren, der an der Börse sensationell wirkte. Die „Nordd. Allgem. Zeitung" brachte daraufhin eine Notiz, in der es hieß: „Die hiesige Börse war heute ungünstig beeinflußt durch einen Artikel der „Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz", der sich auf eine besonders vorzüglich unterrichtete Stelle beruft." Nach Klarstellung des Sachverhalts war dann weiter gesagt worden: „Es ist besonders unverantwortlich, durch derartige unlautere Nachrichten die öffentliche Meinung in einem Augenblick zu beunruhigen, in dem die Regierungen aller Großmächte ernsthaft bemüht sind, für schwierige Fragen eine friedliche Lösung zu finden." — Der Herausgeber der „Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz", Dr. v. Wilke, erblickte in den Ausführungen des Regierungsblattes den Vorwurf einer unlauteren Einwirkung auf die Börse und strengte deshalb Klage gegen den Chefredakteur der „Nordd. Allgem. Zeitung", Herrn Otto Runge, an. Vor dem Schöffengericht wurde festgestellt, daß der beleidigende Artikel von dem verstorbenen Staatssekretär von Kiderlen-Waechter verfaßt war. Wegen Beleidigung erkannte das Gericht gegen den Angeklagten auf 50 Mk. Geldstrafe, sprach die Publikationsbefugnis aus und ordnete die Unbrauchbarmachung aller Exemplare der Nummer 277 der „Nordd. Allgem. Zeitung" an.

Aus Nah und Fern.

Selbstmord eines Schülers. Der 17jährige Gymnasiast Goldstein aus Kattowitz warf sich beim Einfahren eines Zuges auf die Schienen und wurde auf der Stelle getötet. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß das Motiv zur Tat in schlechten Schulzeugnissen zu suchen ist.

Gemeinsam in den Tod gegangen. Gestern früh wurde am Kaiserberg im Duisburger Walde ein Liebespaar erschossen aufgefunden. Anscheinend hat der Mann erst das Mädchen und dann sich erschossen.

Schweres Grubenunglück in Harzburg. Wie der Braunschweiger Landeszeitung aus Bad Harzburg berichtet wird, wurden Dienstag früh auf der Eisensteingrube Friederike durch herabstürzende Erdmassen die Bergleute Karl und Otto Wolters, zwei Brüder und beide verheiratet, sowie der Betriebsführer Gellhausen, ebenfalls verheiratet, getötet und der Steiger Kunstmann schwer verletzt. Die Leichen sind bereits geborgen.

Schiffsunfälle. Aus Kopenhagen meldet der „Hbg. Corresp.": Der heftige Orkan hat eine größere Anzahl Schiffsunfälle verursacht. Der russische Dampfer „Odessa", auf der Reise von England nach Libau, ist bei Hasle auf der Insel Bornholm gestrandet. An Bord befanden sich 29 Mann und drei Passagiere. Bisher gelang es, vier Mann und zwei Frauen an Land zu bringen. Die Lage des Schiffes ist gefährlich. Auch der deutsche Fährdampfer von Saßnitz nach Trelleborg hat unter dem Sturm gelitten. Der dänische Schoner Christine ist mit Mann und Maus auf der Reise nach Bornholm untergegangen.

Bomben-Attentate. Auf den neuen Zivilgouverneur Tschang in Futschau (Hauptstadt der chinesischen Provinz Fukian) wurde eine Bombe geworfen, wodurch 30 Personen getötet oder verwundet wurden. Der Gouverneur blieb unverletzt. — Zu einer sensationellen Enthüllung führte die Untersuchung über eine Bombenexplosion im Hause des Zigarrenhändlers Herredo in Neuyork. Als Täter wurde der Portier Farrell ergriffen, der die Tat bereits eingestanden hat. Er hat ferner zugegeben, daß er der Absender der Bombe gewesen ist, mit der Helen Taylor, die seine Tochter gewesen sei, im Vorjahr getötet wurde. Er habe sie getötet, weil sie auf schlechte Wege geraten sei. Farrell gab über das Bombenattentat, das im Jahre 1912 auf den Richter Rosalsky gemacht wurde, und über die Ermordung eines gewissen Kid Walker folgende Aufklärung: Er habe Walker durch einen Mann namens Lestrange ermorden lassen, weil jener Schuld an dem Fall seiner Tochter gehabt habe. Der Anschlag auf Rosalsky sei gemacht worden, weil dieser einen Verbrecher zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt habe. Der Mann jedoch, der die Bombe an den Richter gesandt habe, sei ihm nur unter dem Namen Tony bekannt. Herredo habe er nach dem Leben getrachtet, weil dieser drohte, ihn um seine Stellung als Pförtner zu bringen.

Drei Kinder verbrannt. In Peniebeo im Departement Cote du Nord brach in einem Bauernhause ein Brand aus, bei dem drei Kinder, welche in einem Bette zusammenschliefen, verbrannten.

Ertrunken. In dem Rittergutsteiche in Nedelwitz bei Halle a. S. ertranken gestern morgen drei Kinder.

Bruderkrieg. Die Bewohner zweier in der Nähe von Pineiro (Spanien) gelegenen Dörfer stehen seit längerer Zeit im offenen Kriegszustand. Am Sonnabend entspann sich zwischen den feindlichen Nachbarn ein regelrechtes Gefecht, in dessen Verlauf über 500 Schüsse gewechselt wurden. Auf beiden Seiten gab es viele Tote und Verwundete. Erst einem verstärkten Gendarmerieaufgebot gelang es mit großer Mühe, die Kämpfenden zu trennen.

Mordanschläge gegen Arbeiterführer. Ein ähnliches Verbrechen wie die Ermordung des Spielhöllenbesitzers Rosenthal hat sich am Sonnabend in Jersey City in einem dortigen Salon abgespielt. Zwei Männer betraten den Salon und feuerten ohne weiteres zwei Schüsse auf Thomas Conay, den Führer der Arbeiterparteien ab. Conay sank sofort leblos zu Boden. Seine beiden Mörder entflohen. Eine Anzahl Passanten, denen sich auch bald Polizisten anschlossen, nahmen die Verfolgung der Täter auf, die auf ihrer Flucht fortgesetzt auf ihre Verfolger Schüsse abgaben. Nach hartnäckigem Kampf gelang es, sie gefangen zu nehmen. Die Mörder sagten aus, daß sie bestochen seien, eine gewisse Person zu ermorden, die aber nicht mit Conay identisch ist. Man nimmt mit Bestimmtheit an, daß es sich um den bekannten Arbeiterführer Burge handelt, der schon wiederholt mit dem Tode bedroht wurde.

Mexikanisches Räuberwesen. Wie ein Telegramm aus Mexiko meldet, plünderten Räuber am Sonntagabend einen Personenzug etwa 30 Meilen südlich von der Stadt Mexiko. Sie brachten den Zug zum Entgleisen und richteten dann ihr Feuer auf den Waggon, in dem sich die militärische Begleitmannschaft des Zuges befand. Von der zwanzig Mann starken Begleitmannschaft wurden zwölf getötet und die übrigen verwundet. Die Räuber töteten auch vier Passagiere und schleppten viele Frauen mit sich fort. Ein Rettungszug brachte die Verletzten nach Amecamera.

Kleine Chronik. Bei einem Kostümfest geriet in Straßburg ein Automobilhändler mit einem Mädchen in Streit und schlug mit der Faust auf dasselbe ein. Die Mißhandelte zog einen Dolch und stieß ihn dem Gegner ins Herz. Der Automobilhändler sank tot zu Boden. Die Mörderin stellte sich selbst der Polizei. — Der städtische Beamte Kitsch in Mülheim (Ruhr), der widerrechtlich in ein Haus gedrungen war und sich dort in einem Zimmer verbarrikadiert hatte, erschoß den Kellner Hardenberg, der ihn entfernen wollte, mit einem Militärgewehr und verwundete eine zweite Person schwer durch Kolbenschläge. — Ein Automobil fuhr in Göttingen gegen ein über die Straße gezogenes Kabel der elektrischen Lichtleitung. Dabei erhielt ein im Wagen sitzender Oberingenieur einen elektrischen Schlag und war sofort tot. Der Chauffeur wurde verletzt und der Wagen erheblich beschädigt. — Während eines Faschingsvergnügens entstand in einem Gasthause in Eger zwischen Zivil- und Militärpersonen ein Streit, in dessen Verlauf der Bahnarbeiter Dörfler von einem Landwehrinfanteristen namens Lippert erstochen wurde. Auch andere Personen haben Verletzungen erhalten. — Aus Brüx wird gemeldet: Auf dem Tegellhoff-Schachte bei Malthenern wurden von einem Waggon der Drahtseilbahn acht Arbeiter schwer, darunter vier tödlich verletzt. — Montag abend hat sich auf der rumänischen Station Kitila ein Eisenbahn-Unfall zugetragen, bei dem zwei Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Zum Gedächtnis Richard Wagners, der vor dreißig Jahren starb und vor hundert Jahren geboren wurde, will die Leitung unserer städtischen Bühne das ganze Musikdrama „Der Ring des Nibelungen" an vier kurz aufeinander folgenden Abenden zur Aufführung bringen. Das ist durchaus anerkennenswert und stellt auch eine würdige Ehrung des großen Genies dar. Gestern abend gelangte der Vorabend des eigentlichen Dramas, „Das Rheingold", zur Wiedergabe. Im „Rheingold" bereitet sich der Untergang der Wagnerschen Götterwelt vor. Der Raub des Rheingoldes durch den Nibelungen Alberich, der, um den Ring schmieden zu können, der Liebe flucht, ist davon der Beginn; denn er zeigt selbst den liebesdurstigen Göttern, daß es Dinge gibt, die noch höher geschätzt werden, als „Weibes Wonne und Wert", nämlich das Gold. Aber der Besitz des Goldes verleiht nicht nur maßlose Macht, sondern an ihm haftet auch zugleich der Fluch Alberichs: „Denn wer den Ring (das Gold) hat, den sehre die Sorge, und wer ihn nicht hat, den nage der Neid." Das Unrecht des ersten Erwerbes pflanzt sich fort und ihm folgt das Unheil. Für dieses gewaltige Drama ist die Musik, die der Dichter selbst dazu schrieb, das vollkommenste Ausdrucksmittel. Sie belebt die Vorgänge von innen heraus. In ihr lebt das Empfinden einer Welt. Durch die Anwendung von Leitmotiven wird die Erinnerung an bestimmte Ereignisse der Handlung immer wieder geweckt und das Gesamtbild vertieft.

Herrn Kapellmeister Pfeiffer ist die musikalische Leitung der diesjährigen „Ring"-Aufführung übertragen worden. Der künstlerische Ernst, mit dem Pfeiffer an alle Aufgaben herantritt, die eminente Sicherheit seiner Dirigiertechnik und die Begeisterung für das Werk, das seiner Obhut anvertraut ist, spiegelten sich in der Aufführung wider. Das Orchester folgte seinem Stabe mit größter Hingabe und erzielte prachtvolle Klangwirkungen. Auch die mitwirkenden Opernkräfte verdienen durchweg hohe Anerkennung für ihre Leistungen, obwohl noch nicht alles ausgereift erschien. Den Wotan sang wieder, wie in früheren Jahren, Herr Langefeld, der inzwischen an das Opernhaus in Charlottenburg übergesiedelt ist. Sowohl stimmlich wie in der Darstellung vermochte der Künstler diese eigenartige Göttergestalt, deren tragisches Geschick sich im Verlaufe des „Ring"-Dramas erfüllt, in imponierender Weise zu verkörpern. Für den Nibelungen Alberich war Herr Habich von der Berliner Hofoper gewonnen worden. Alberich ist kein Schönsänger, Habich auch nicht, aber seine Deklamationen hatten Wucht und waren durchbebt von gewaltiger Leidenschaft. So bildete denn auch der Fluch Alberichs den Höhepunkt der Vorstellung. Der Loge war Herrn Kollwitz übertragen worden. Man muß den Fleiß anerkennen, den der Künstler auf die Wiedergabe seiner Partie verwandt hatte; dennoch fehlte diesem Intriganten unter den Göttern doch die rechte flackernde und listige Überlegenheit. Frau Kruse-Tiburtius als Fricka, Frau Schmidt als Freia, Fräul. Karell als stimmlich besonders gut disponierte Erda sowie die Herren Schöffel (Froh), Holmquist (Donnar), Schorn (Mime), Aschner (Fasolt), Fabian (Fafner) boten durchaus Annehmbares. Die Rheintöchter fühlten sich in ihren schwankenden Gestellen in der „Wassertiefe", anscheinend nicht recht wohl, was ihren Gesang beeinträchtigte. Die Regie des Herrn Beyer hatte die bewährten Bahnen ihrer Vorgänger nicht verlassen. Als Ganzes hinterließ die Vorstellung zwar keinen überragenden, aber doch sehr befriedigenden Eindruck. An Beifall fehlte es nicht. Für eine Erhöhung der Preise schien allerdings kaum genügende Veranlassung vorzuliegen. Während die Besucher der besseren Plätze durch ein Zyklus-Abonnement die Preiserhöhung für sich außer Kraft setzen konnten, müssen sie auf dem dritten Rang unwiderruflich bezahlt werden. Gerecht ist das kaum. P. L.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Von der Firma Brüggmann u. Sohn.

In den Sitzungen der Schlichtungskommission für die Holzlagerplätze wird nach den uns gegebenen Berichten von seiten der Arbeitgeber immer mehr betont, daß Herr Peters von der Firma Brüggmann u. Sohn regelmäßig erklärt, sein Platz sei der beste; bei ihm kämen die wenigsten Beschwerden vor. Herr Peters scheint aber hier sehr schlecht unterrichtet zu sein, sonst müßte er wissen, daß z. B. von den Arbeitern bittere Klage über die Behandlung geführt wird. Ein Angestellter, Herr Gabel, bedient sich im Verkehr mit den Arbeitern Worte, die den allerschärfsten Widerspruch herausfordern. „Faule Bande!" „Verfluchtes Chor!" „Die Bande ist so faul, daß sie stinkt!" Das sind seine Worte, die von allzu großer Bildung allerdings nicht zeugen. — Ferner möchten wir Herrn Peters auf folgendes aufmerksam machen. Ein Lagermeister erklärte einem Arbeiter, der etwas nach 1½ Uhr an die Arbeit ging, dieselbe beginne um 1½ Uhr. Mit Recht verwies der Arbeiter den Herrn auf den Tarif, in dem es heißt, daß die Arbeitszeit erst mit dem Heraustreten aus den Buden beginnt. Der Lagermeister bemerkte hierzu, das sei Quatsch; er solle nicht auf die hören, die das sagen. Diese Fälle unterbreiten wir heute Herrn Peters auf diesem Wege, damit er Gelegenheit erhält, einen Teil unserer Beschwerden hierdurch kennen zu lernen und seine Angestellten dahin instruiert, daß sie in dem Arbeiter auch den Menschen zu sehen und sich im übrigen an die tariflichen Abmachungen zu halten haben.

Mehrere Lastadiearbeiter.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Aufnahmebedingungen sind auch so gehalten, daß Töchter aus Arbeiterfamilien den Zutritt nicht erlangen können. Es wird im allgemeinen eine Vorbildung gefordert, wie sie das Einjährigenzeugnis für Knaben aufweist. (Erfolgreicher Besuch eines Lyceums oder einer neunstufigen Mittelschule.)

Kleines Feuilleton.

Ein chinesischer Weiser über den Krieg.

In der Zeitschrift „Der Weckruf" veröffentlicht Dr. Karl Brunner eine Uebersetzung aus den Schriften des chinesischen Weisen Mo-Ti, der im fünften Jahrhundert v. Chr. lebte. Da klettert ein Mann in den Garten eines Nachbarn und stiehlt dort die Pfirsiche und Pflaumen. Der Mann wird von der Oeffentlichkeit verdammt, wenn sein Diebstahl bekannt wird, und wenn man ihn fängt, von der Regierung bestraft. Warum? Weil er seinem Nachbarn ein Unrecht zugefügt! Und wenn er seinem Nachbarn ein Schwein, einen Hund oder eine Kuh wegnimmt, dann hat er ein größeres Verbrechen begangen, als wenn er einen Pfirsich oder eine Pflaume stiehlt. Warum? Weil er seinem Nachbarn ein größeres Unrecht zufügt; und wenn er seinem Nachbarn ein größeres Unrecht zufügt, so wird sein Verbrechen um so größer. Nun, wenn derselbe seinem Nachbarn auflauert und ihm seine Börse raubt, ihn plündert und ersticht, dann hat er ihm ein noch größeres Unrecht zugefügt. Und je größer das Unrecht ist, das er begangen, um so größer ist die Strafe. In solchen Fällen gibt alle Welt zu, daß der Mann schuldig ist, und man verdammt ihn; man erklärt: er hat unrecht getan. Da ist nun das größte Verbrechen — der Angriff eines Staates auf einen anderen — die Kriege und Schlachten und Morde zwischen Ländern! In der Tat ein größeres Verbrechen. Und dort heißt es die Welt gut, belobt es und erklärt: es ist recht! O, welch eine Verwirrung herrscht in den Ansichten der Welt über Recht und Unrecht. Da ist jemand, der einige schwarze Gegenstände sieht und sagt, sie seien schwarz; wenn er aber viele schwarze Gegenstände sieht, sagt er, sie seien weiß. Glaubt ihr, dieser Mann weiß, was schwarz und was weiß ist? Da ist ein anderer, der ein paar bittere Dinge kostet und sagt, sie seien bitter; aber wenn er viele bittere Dinge gekostet hat, sagt er, sie seien süß. Glaubt ihr, dieser Mann weiß, was bitter und was süß ist? — Und da ist die Welt, die weiß, daß das Stehlen eines Pfirsichs oder einer Pflaume ein Verbrechen ist und daß Mord und Totschlag ein Verbrechen ist. Aber wenn sie Kriege und Schlachten beurteilen soll, die Morde und Verwüstungen zwischen den Völkern, belobt sie diese und erklärt, daß dies nicht unrecht sei! Ja, die Welt weiß nicht, was recht und was unrecht ist. Seit dieser Klage des chinesischen Philosophen sind 2500 Jahre fast verflossen. Ungeahnte Entwickelungsperioden hat die Menschheit durchgemacht. Die hochgelobte Kultur ist in die entferntesten Länder gedrungen. Doch die Ethik der „Herren der Erde" ist dieselbe geblieben. Mord und Totschlag im Kriege ist auch heute noch kein Verbrechen, sondern eine herrliche Tat zur höheren Ehre Gottes.

Wie überwintern unsere Frösche?

Die allgemeine Annahme, daß unsere Frösche sich mit dem Beginn der kalten Jahreszeit in den Schlamm der Gewässer zurückziehen und dort überwintern, ist eine irrige. Obwohl noch heute in vielen naturgeschichtlichen Büchern solche Angaben gemacht werden, ist doch von einer ganzen Reihe zuverlässiger Beobachter festgestellt, daß sowohl die grünen Wasserfrösche als auch die braunen Landfrösche oft unter dem Eise umherschwimmen. Ein Teil der Landfrösche und wohl sämtliche Laubfrösche überwintern auf dem Lande unter Moos und Laub und in Erdlöchern. Die im Wasser sich aufhaltenden Frösche erstarren auch im Winter nicht. Sie sitzen meistens auf dem Grunde des Gewässers, wo die Temperatur des Wassers etwa + 4 Grad Celsius beträgt und kommen nur zur Atmung in verhältnismäßig langen Zwischenräumen an die Oberfläche. Dabei wird dann mancher Frosch die Beute des Iltis, der sie geschickt zu fangen weiß. Ueberzieht sich das Gewässer mit einer festen, zusammenhängenden Eisdecke, so muß der Frosch bedeutend öfter zur Atmung heraufkommen, da der Sauerstoffgehalt der geringen Luftschicht, die sich unter dem Eise befindet, sich immer mehr vermindert, weil die äußere Luft nicht mehr hinzutreten kann. Wenn das Wasser bei anhaltendem Frost immer kälter wird, so sinkt auch die Temperatur des Froschblutes. Schließlich wühlt sich der Frosch in den Schlamm ein. Sein Körper wird immer unbeweglicher, aber die Starre tritt erst ein, wenn auch der Schlamm gefriert, erstarrt. Von diesem Zeitpunkt ab beginnt erst der Winterschlaf des Frosches. Er begibt sich also nicht freiwillig im Spätherbst in den Schlamm der Gewässer zur Winterruhe, wie gewöhnlich die Angaben lauten, sondern der totenähnliche Zustand wird ihm erst aufgezwungen, wenn die Gewässer bis auf den Grund ausfrieren.

Der Lauf der Sonne durch den Weltraum.

So dicht besetzt mit Sternen der Himmelsraum erscheint, so groß ist doch die Vereinsamung der einzelnen Himmelskörper, wenn man ihre Abstände von einander nach den dem Menschen aus dem täglichen Gebrauch vertrauten Maßen mißt. Aber selbst, wenn man sich mit astronomischen Begriffen hinreichend bekannt gemacht hat, um die Familienzusammengehörigkeit der Planeten mit der Sonne und untereinander zu verstehen, so geht doch eine Vorstellung der Entfernungen, die zwischen dieser Sonnenfamilie und anderen Gestirnen oder ähnlichen Gruppen bestehen über das menschliche Vermögen hinaus. Dennoch versucht der Menschengeist diese ungeheuren Räume zu durchmessen und zu umfassen, und schon seit einer Reihe von Jahrzehnten betrachtet man es als eine erwiesene Tatsache, daß die Sonne mit ihrer ganzen Schar von Trabanten einen Umlauf um einen Punkt des Weltraums vollführt, obgleich bisher weder die Länge noch die Zeitdauer dieser Bahn bestimmt worden ist. Die Astronomen der Gegenwart gehen aber noch einen Riesenschritt weiter, indem sie einen Schwerpunkt annehmen, um den sich alle Sternfamilien wie die der Sonne bewegen. Der Astronom der Sternwarte von Oxford, Professor Turner, hat sich seit Jahren mit Untersuchungen dieses Systems beschäftigt und ist zu dem merkwürdigen Schluß gekommen, daß sich die Sterne infolge der Massenanziehung des ganzen Systems nicht in kreisähnlichen Bahnen wie die Planeten um die Sonne, auch nicht in offenen Bahnen, wie manche Kometen, sondern in Schwingungen nach Art eines Pendels bewegen. Mit Bezug auf die Sonnenbahn findet Professor Turner jetzt auch den Mut zu genaueren Angaben. Er schätzt, daß die Sonne mit ihrem Planetengefolge 400 Millionen Jahre gebraucht, um die ihr vorgeschriebene Bahn zu durchmessen, und er glaubt ferner, daß sich die Sonne erst vor einer knappen Million von Jahren, vielleicht sogar erst vor 300 000 Jahren in der größten Nähe des Zentrums dieser Bahn befunden habe, so daß sie sich jetzt noch für viele Millionen Jahre von dieser entfernen wird.

Heiteres.

Kein Wunder. „Ich habe im Meyerschen Bureau eine Auskunft über deinen Papa eingeholt, Geliebte; sie kostete drei Mark und lautete sehr ungünstig." — „Ja, mein Teurer, was konnst du auch für drei Mark verlangen?"

Je nach dem. „Was soll ich tun, Herr Doktor? Ich bin stets gereizt, verdrießlich, verärgert!" — „Heiraten Sie!" — „Aber ich bin ja verheiratet!" — „Lassen Sie sich scheiden!"
(Aus „Lustige Blätter".)

Galgenhumor. „Wie, du auch hier auf der Redoute?" — „Wie du siehst! Und sogar amtlich." — „Wieso?" — „Na, versatzamtlich!"

Nicht akzeptierter Einwand. Mutter: „Sie haben gestern meiner Tochter einen Heiratsantrag gemacht." — Studio: „Da muß ich entschieden berauscht gewesen sein! — „Das sind natürlich Verliebte immer!"

Boshaft. Herr: „Als was gehen Sie zum Fasching?" — Pantoffelheld: „Als Burggespenst!" — Herr: „Ach weil Sie wohl um ein Uhr schon wieder daheim sein müssen!"

Auf der Redoute. Gattin: „Wie kommen denn die vielen Damen hier an den Tisch?" — Gatte: „Ach, du weißt ja, wie kurzsichtig ich bin; ich dachte immer, du warst es, und winkte ihnen!"

Allerdings. „Früher waren die Zeiten doch viel solider! Da gab's noch keine Taschenuhren für 3 Mark, auf die man nachher nichts im Versatzamt bekommt."

Er auch. Professor: „Das Vergnügen am Tanze finden wir auch bei den unkultiviertesten Völkern. — Ich selbst tanziere manchmal auch noch recht gern ein Tänzchen."
(Aus „Meggendorfer Blätter".)

Starke Einbildung. Akademiker: „Mutter, jetzt bin ich ein Musensohn!" — „So, dann bin ia Muse."

Nachhilfe. „Sie geben Ihrem Sohn selbst Nachhilfestunden? Können Sie denn das?" — „Natürlich; er kriegt halt fest Prügel!"

Rat. „Bei meiner Verlobung ging's recht lustig zu." — „Na, dann schau nur, daß auch Ernst draus wird!"

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Unterhaltungsblatt
des Lübecker Volksboten.

Nr. 5. Mittwoch, den 5. Februar 1913.

Die fünf Kanonen.

Von Oskar Maurus Fontana.

Oben auf der alten Bastion standen die fünf Kanonen. Niemand kümmerte sich um sie. Von unten kam der Lärm der Stadt, kamen aber auch manchmal die Buben und die setzten sich rittlings aufs Rohr und machten, als hätten sie Pferde unter sich. Das schmerzte die Kanonen ein wenig, denn eigentlich waren sie sehr stolz, wie sie so dastanden und mit dem offenen Munde zum Himmel recht gefährlich emporzielten. Das erinnerte sie an die alten Tage, von denen sie immer träumten und dem Winde und den Wolken und sich erzählten, von den Tagen, da Feuer aus ihnen gesprungen war und die Davorstehenden springtot und blutig gemacht und die Dahinterstehenden mit Pulver und Rauch geschwärzt hatte. Aber der zerbröckelnde Stein der alten Bastion hörte das gar nicht gern und zuckte sehr hochmütig die Achseln und begann ein großes Reden von den Männern, die gegen ihn Sturm gelaufen waren, von dem Sterbenden, der seine verkrampften Hände in ihn gekrallt hatte, von dem süßen Blut, das in ihn gesickert war. Ja, das war was!

Da verstummten die Kanonen sehr verärgert und blickten mit schiefem, offenem Munde zum Himmel. Plötzlich machte es plumps! und es war schon wieder ein Stein von der Mauer heruntergefallen. „Ja, Sie werden alt, meine liebe Bastion," sagten die fünf Kanonen und kicherten. „Ihr seid alle nicht viel jünger," meinte knurrend die Bastion. „Ach, aus uns wird doch noch mal geschossen werden, wenn Sie, Frau Bastion, schon ganz kaput sein werden," lachten lustig und schadenfroh die fünf Kanonen. Und dann schwiegen alle, schauten zum Himmel voll Träume und Erinnerungen und dachten darüber nach, wie sie einer dem anderen etwas ganz Ekliges sagen könnten, daß sich der andere nur recht ärgere. Und das war eigentlich ihr ganzes Geschäft, ob nun der Frühlingswind Lindenblüten in die Rohre blies, oder der Sommer das Gras fett machte auf der Mauer, oder Herbstregen klatschte, oder Schnee sich auf sie setzte.

Nur der Efeu stieg immer mehr und mehr empor, rankte sich um die alten Steine in seiner heimlichen Bescheidenheit, die dann plötzlich das zersprungene Gemäuer bedeckte. Spät im Herbst fing er an zu blühen und die Bienen summten und summten in ihm und waren oft allein hörbar auf dieser vergessenen Schanze.

Am Sonntag stiegen zuweilen Großväter und Großmütter hinauf, hatten einen Enkel bei sich, sagten: „Nein, der Efeu, jetzt ist er schon wieder größer geworden! Und wie alt er ist. Denn nur hundertjähriger Efeu blüht!" Vor den Kanonen blieben sie ehrfürchtig stehen und im Munde der alten Leute kollerten der Dreißigjährige Krieg und Napoleon zusammen. Und der Enkel, der von all dem nichts wußte, wackelte mit dem Kopfe und hatte großen Respekt vor den Kanonen und vor den Großeltern. Und die dachten: „So gehört's sich!"

Aber eine Katze, die bald jungen mußte, schlich sich um die Kanonen in der Dämmerung und dachte angelegentlich darüber nach, ob sie nicht in dem dunklen Rohre einer Kanone werfen sollte, weil es so sicher und menschenfern war. Und das beunruhigte die Kanone sehr, weil das gegen alle Würde und Sitte verstieß, und sie machte immer: „Pst, pst, pst!", wenn die schwere Katze näherschlich. Aber die hörte es entweder nicht oder kümmerte sich darum nicht.

In einer wilden Herbstnacht jedoch erwachten die Kanonen aus einem Traum, der mit Katzen und Jungen drohte, und wußten nicht, was es bedeuten sollte. Denn da war eine Gesellschaft von ungefähr zwanzig Menschen auf die Bastion geklettert und lärmte und sang und schrie.

„Es gibt viele Piefkes, aber wenig Menschen!" brüllte einer, der ein berühmter Maler war, jetzt aber ein Krug mit Wein und einem Munde vorn dran war. Und ein anderer schlug ihm den Hut ins Gesicht und schrie: „Es lebe der ewige Piefke!" Und der Krug mit Wein wäre mitsamt seinem Munde bald gefallen über den derben Schlag; aber er faßte sich, nahm den Hut und schlug ein Loch in ihn und riß die Krempe ab und setzte sich diesen Torso auf den Kopf und torkelte auf eine Kanone zu und stieg auf sie. Oben stemmte er den linken Arm in die Hüfte, warf den Leib etwas nach hinten, machte ein Schafsgesicht und sagte: „Monument des tausendfältigen Bürgers Piefke, der Sauerkraut und Erbswurst frißt! Hoch! Hoch!"

Die anderen drängten sich darum und schrien „Hoch!" und „Vivat!" und „Hurra!" Und einer schrie lauter als alle: „Dieses Monument entwarf Herr . . ." und nannte einen Kollegen des Malers, der Bildhauer war und auch an der Akademie unterrichtete, der aber gar nicht sein Freund war. Da lachten die andern noch mehr und selbst das Monument Piefkes verzog ein wenig den Mund.

Aber wie sich alle so um die Kanone drängten, fingen die verrosteten Räder an zu gehen und kamen in Takt und liefen unter dem Gejauchze der weingefüllten Menschen den Hang hinunter, mitten auf die Straße der schlafenden Stadt. Der Maler war schon ins Gras gefallen, als die Kanone den Marsch begann, und nun eins, zwei, drei, vier erhob er sich und — hinter ihm die Kumpane — sendeten sie die Kanonen ihrem davongelaufenen Bruder nach, daß sie stolperten, stürzten, sich überschlugen.

Das gab einen Lärm, da klang die Bronze der Kanonen hell und dann wieder dumpf. Sogar die oben auf der Bastion erschraken und machten sich fort wie Schatten. Aber die Nachtwächter wachten nicht auf, schliefen weiter.

Zuerst sah den Schrecken ein Milchmädchen und ließ alle Kannen Milch fallen und die Milch rann über das Pflaster bis zu den Kanonen hin, die überaus kläglich über die ganze Breite der Straße zerstreut lagen wie ein Haufen betrunkener Greise. Ein Zeitungsjunge, der nachher kam, lief sofort zurück, warf den Stoß Zeitungen hin und sagte, die da taugten nichts, er wolle neue haben, in denen da stehe nichts von den Kanonen drinnen.

Inzwischen war der Fuhrmann Pferdeschwanz mit seinem Karren gekommen und konnte nicht weiter. Und war auch die elektrische Bahn gekommen und konnte nicht weiter. Und waren Menschen und Wagen, Radfahrer und Automobile, Reiter und Invalide gekommen und konnten nicht weiter. Und die Schuljungen und Schulmädchen waren gekommen und konnten auch nicht weiter und konnten nicht in die Schule und freuten sich, daß sie heute nicht um acht Uhr beginnen könne. Und tanzten und stiegen auf die Kanonen und begannen ihr Butterbrot zu essen. Das Milchmädchen weinte über die ausgeronnene Milch, der Fuhrmann Pferdeschwanz fluchte, der Agent Zeitistgeld warf die Hände herum und wollte Entschädigung, der Polizist Säbelspitze drängte fortwährend Kinder und Neugierige zurück, der Lokalredakteur vom „Generalanzeiger" hüpfte von einem Beine aufs andere und notierte und wollte durchaus auf die andere Seite. Aber er konnte es nicht und keiner konnte es und alle blieben stehen und alles, die ganze, ganze Stadt.

Die Kanonen aber lagen in der Straße und schämten sich und duckten die Köpfe tiefer, wenn sie einen auf den alten Krempel schimpfen hörten.

Der Bürgermeister kam, die Stadtverordneten kamen. Der Stadtrat setzte sich zu einer außergewöhnlichen Sitzung wegen dieses außergewöhnlichen Ereignisses zusammen und blieb drei Stunden beisammen. Der Wirt vom Rathauskeller kann es bezeugen. In der Sitzung wurde beschlossen, die Feuerwehr zu rufen. Die kam auch und räumte die ganze Geschichte wieder auf die Bastion zurück und stellte die fünf Kanonen wieder so auf, wie sie gestanden.

Die Polizei suchte nach den Uebeltätern, fand aber nur Verdächtige und keine Schuldigen.

Die Kanonen aber standen traurig und alles war weggewischt von einst und ehemals. Nur daran mußten sie immer denken, wie sie die Straßen versperrt und die Stadt stillgemacht hatten. Und da guckten sie melancholisch und garnicht mehr stolz mit offenem Munde in den Himmel.

Und zu allem Ueberfluß kam die Katze und stieg in ein Rohr und warf fünf gesunde kleine Kätzlein.

Seither glauben die fünf Kanonen nicht mehr, daß aus ihnen noch einmal geschossen wird.

Was sollen Arbeiterinnen lesen?

Ueber diese Frage schreibt die Genossin Gertrud Hanna in Nr. 1 der Literatur-Beilage des Correspondenz-Blattes der Generalkommission der Gewerkschaften folgende sehr lesenswerte Ausführungen:

An Gelegenheiten, gute Bücher umsonst, leihweise zum Lesen zu erhalten, fehlt es den Arbeiterinnen in der Großstadt nicht. Volksbibliotheken, von sozialdenkenden Menschen geschaffene öffentliche und von der organisierten Arbeiterschaft errichtete Bibliotheken geben ihnen in ausreichendem Maße die Möglichkeit, ihr Lesebedürfnis zu befriedigen. Selbst in kleineren Orten existieren Volksbibliotheken und überall, wo die Organisation der Arbeiter Fuß gefaßt hat, richtet sie jetzt ihr Augenmerk mit Erfolg auch auf die Schaffung von Stellen, von wo aus organisierte Arbeiter Bücher zum Lesen erhalten können.

Wer den Willen und die Zeit zum Lesen hat, findet also heute auch Gelegenheit dazu, selbst wenn ihm die Mittel fehlen, sich Bücher zu kaufen.

Die Frage der Bücherbeschaffung ist also für die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Städten zum Teil schon gelöst, und selbst in ländlichen Gegenden wird jetzt dem in der Arbeiterklasse stärker werdenden Verlangen nach geistiger Kost Rechnung getragen. Hier füllen namentlich die von den Arbeiterorganisationen geschaffenen Wanderbibliotheken einen Teil der großen Lücke aus, die in bezug auf die Möglichkeit, Lesestoff, und zwar unentgeltlich zu erhalten, zwischen der arbeitenden Bevölkerung in der Stadt und auf dem Lande besteht.

Weit weniger gelöst ist aber die Frage: Was sollen wir lesen? Zwar haben auf diesem Gebiet die modernen Arbeiterorganisationen Wertvolles geleistet, indem sie Zusammenstellungen über empfehlenswerte Schriften veröffentlichen, auch beim Abholen der Bücher den Lesern und Leserinnen mit Rat zur Seite stehen. Trotzdem wird aber von der Mehrzahl die Auswahl planlos getroffen. Was einem Bekannten gefallen hat, wird ebenfalls gelesen, und in der Hauptsache ist es die unterhaltende Literatur, die beansprucht wird. Der Wert des außerdem noch vorhandenen Lesestoffs ist zu wenig bekannt und noch weniger, wie unterhaltend und anziehend auch die bildende und wissenschaftlich belehrende Literatur ist.

Ganz besonders einseitig in der Auswahl ihrer Lektüre sind wohl die meisten Arbeiterinnen. Während die männlichen Angehörigen der Arbeiterklasse, soweit sie sich geistig nicht über den Durchschnitt ihrer Klassengenossen erheben — auch von den Arbeiterinnen haben wir jetzt nur diese im Auge —, doch neben Romanen auch Reisebeschreibungen, Heldensagen, Erzählungen über Land und Leute und, als Folge der Stellung als Berufsangehörige, auch Fachliteratur in der Regel bevorzugen, treffen die Arbeiterinnen fast ausschließlich ihre Auswahl aus den zur Verfügung stehenden Romanen, Novellen usw. Im günstigsten Falle kommen noch Dichtungen hinzu, unter denen aber die sentimentalen bevorzugt werden. Selbst beim Zeitunglesen kann man den Unterschied in der Art des Lesestoffes bemerken, den Frauen oder Männer bevorzugen.

Frauen und Mädchen greifen zunächst zur „Geschichte" und bei der Mehrzahl beschränkt sich der Stoff, den für sie die Zeitung enthält, auf die Geschichte und die Tagesneuigkeiten. Auf die Ursachen dieser Erscheinung kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden, nur soviel sei gesagt, daß sie zurückzuführen sind auf die gesellschaftliche Stellung, die das weibliche Geschlecht seit Jahrhunderten einnimmt und die jetzt erst allmählich einer anderen Platz zu machen beginnt. Die Folge aber ist die für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse so hemmend wirkende Gleichgültigkeit der erwerbstätigen Frauen und Mädchen und der übrigen weiblichen Angehörigen der Arbeiterklasse, allen ernsteren oder doch über den Rahmen des täglichen Leben hinausgehenden Dingen gegenüber.

Auch auf diesem Gebiet ist es allerdings gegenüber den Zuständen vor 20, 30 Jahren anders geworden. Nahezu eine Viertelmillion Arbeiterinnen gehören den freien Gewerkschaften als Mitglieder an und in verschiedenen Verbänden beteiligt sich eine Anzahl Arbeiterinnen lebhaft an den Agitations- und Verwaltungsarbeiten. Ihre Zahl ist aber im Verhältnis zur Ziffer der Organisierten und vor allen Dingen gegenüber der Zahl der Beschäftigten, äußerst gering. Die Notwendigkeit der Organisation und des Mitwirkens für sie wird eben bis heute noch immer nur von einem kleinen Teil der Beschäftigten anerkannt. Die Haltung der Arbeiterinnen bei Lohnkämpfen kann aber von wesentlichem Einfluß für die Verhältnisse im Gewerbe sein. Deshalb ist es notwendig, alles zu versuchen, um auch die Arbeiterinnen für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen. Dieser Einsicht verschließt sich auch heute keine Arbeiterorganisation mehr.

Nach unserer Meinung könnte der Erfolg der Werbearbeit wirksam unterstützt werden, wenn es gelänge, die Arbeiterinnen zu veranlassen, in der Auswahl ihrer Lektüre Aenderung eintreten zu lassen. Nach dieser Richtung zu wirken, soll der Zweck dieser Zeilen sein.

Wir wissen doch alle, daß die wenigsten aus sich heraus, ohne jede Anleitung dazu kommen, zu andern als allgemein bekannten Büchern zu greifen. In den meisten Fällen muß ein Anstoß dazu gegeben sein. Dann allerdings entwickelt sich die Sache bei den intelligenten Menschen meist von selber. Nicht wenige Leser des „Correspondenzblattes", die heute an leitender Stelle in der Arbeiterbewegung stehen, werden mir hierin recht geben. Vielen von ihnen mag es auch anfangs schwer gefallen sein, der Lektüre wissenschaftlich belehrender Bücher Geschmack abzugewinnen, da die häusliche Erziehung und die der Schule der Proletarierkinder eben nicht ohne weiteres die Vorbedingungen hierfür schaffen. Trifft dies ganz allgemein auf die Angehörigen der Arbeiterklasse zu, so in viel größerem Maße auf die weiblichen Mitglieder. Wir kennen alle den Unterschied, den Schule und Elternhaus in der Erziehung zwischen Knaben und Mädchen machen. Die Tatsache ist uns allen aber so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie uns nur beim Nachdenken zum Bewußtsein kommt. Daher ist es auch kein Wunder, wenn von dem alten Zopf, daß es der weiblichen Eigenart nicht entspricht, für Dinge, die auch den Knaben und den Mann interessieren, Neigung zu zeigen, noch immer ein Stück auch in den Reihen der fortgeschrittenen Arbeiterfamilien zu finden ist. Zwar ist der Ausdruck „Blaustrumpf" für eine Frau, die eine Hochschule besucht oder sich schriftstellerisch betätigt, der jüngeren Generation weniger bekannt, große Verwunderung erregt es aber heute noch, wenn bekannt wird, daß weibliche Angehörige der Arbeiterklasse in ihren Anschauungen und ihrer Betätigung von der großen Masse ihrer Geschlechtsgenossinnen abweichen.

Um jedem Mißverständnis vorzubeugen, sei ausdrücklich gesagt, daß auch wir nicht entfernt daran denken, auf die Frauen einzuwirken, ihre weiblichen Eigenarten aufzugeben. Eine Frau, die daran Gefallen findet und darin auch rein äußerlich ihre Emanzipation vom Althergebrachten zu beweisen sucht, wird ganz naturgemäß leicht der Lächerlichkeit anheimfallen und ist nicht geeignet, vorbildlich und agitatorisch auf ihre Geschlechtsgenossinnen einzuwirken. Was wir beabsichtigen, ist lediglich, die Arbeiterinnen zu veranlassen, sich frei zu machen von der überlieferten Ansicht, die in der Frau ein von Natur aus geistig minderwertiges Wesen sieht, und mitzuhelfen, das zum Teil gut zu machen, was Schule und häusliche Erziehung an den Kindern der Arbeiterklasse im allgemeinen und an den Mädchen ganz besonders gesündigt haben. Erst dann wird die Arbeiterin imstande sein, ihren Platz im Wirtschaftsleben auszufüllen, auf den die gegen früher anders gewordenen Verhältnisse sie heute stellt.

Dazu dürfte erheblich beitragen, wenn es gelänge, die Arbeiterinnen für andere Lektüre zu interessieren, als sie jetzt für sich wählt. Dies zu versuchen, soll das nachstehende Verzeichnis der für Arbeiterinnen besonders zu empfehlenden Schriften zur Aufgabe haben. Von den vorhandenen werden nur eine kleine Anzahl Bücher erwähnt werden in der Voraussetzung, daß Unkundigen die Auswahl unter vielen natürlich schwer fällt, auch das Anführen einer großen Zahl Bücher abschreckend auf diejenigen wirken dürfte, die erst daran gewöhnt werden sollen, nicht nur einseitig ihre Lektüre auszusuchen. Es soll das Verzeichnis ja auch nur Anleitung sein, den ersten Schritt zu gehen. Dieser ist aber bekanntlich der schwerste. Auch die jetzt sich noch mit einseitigem Lesestoff begnügende Arbeiterin wird von selber weitergehen, wenn sie erst kennen gelernt hat, daß es ein Genuß ist, die freie Zeit mit anregender, belehrender Lektüre auszufüllen und einen Begriff bekommen hat von der Art des Inhalts einiger Schriften.

Ganz naturgemäß wird namentlich die Arbeiterin höchst selten Gelegenheit finden, selbst bei höchster Intelligenz und größtem Interesse, sich umfassende Kenntnisse auf den verschiedensten Wissensgebieten durch Studium anzueignen. Die wenige Zeit, die ihr zur Verfügung steht, zwingt sie allein schon, sich Beschränkungen aufzuerlegen. Diese Erkenntnis und unsere Absicht, die Arbeiterinnen für den wirtschaftlichen Kampf und die Mitarbeit in den Organisationen der Arbeiterklasse zu gewinnen, veranlaßt uns denn auch, in erster Linie die gewerkschaftliche und die damit zusammenhängende Literatur zu empfehlen und im Verzeichnis zu erwähnen.

Bei dem heutigen Stande der Frauenerwerbsarbeit und dem Indifferentismus, mit dem die große Mehrzahl der Arbeiterinnen den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen gegenüberstehen, sich mit miserablen Löhnen abspeisen und als Lohndrückerinnen brauchen lassen, ist es gerechtfertigt, wenn alle nur denkbaren Wege eingeschlagen werden, um auch die Arbeiterinnen für den wirtschaftlichen Kampf zu gewinnen. Gelingt es, die intelligenten Arbeiterinnen zum Lesen dieser Zeilen zu veranlassen, und tragen sie dazu bei, ihre Lektüre zu beeinflussen, so dürfte ein wesentlicher Schritt auf dem Wege getan sein, die Schwierigkeiten zu beseitigen, die der Gewinnung der Arbeiterinnen für die Organisationen entgegenstehen.

Wir wollen durch Lesen nicht unsere freie Zeit ausfüllen, sondern auch unser Wissen bereichern. Daß auch für Arbeiterinnen das Wort Wilhelm Liebknechts „Wissen ist Macht" Geltung hat, hat Wally Zepler kurz und doch ausführlich dargelegt in ihrer Broschüre: **„Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterinnen".** Mit der Bekanntgabe dieses kleinen Schriftchens sei deshalb das Verzeichnis empfehlenswerter Literatur für Arbeiterinnen eingeleitet.

Daß auch Arbeiterinnen ihr Gewerkschaftsorgan lesen müssen, ist selbstverständlich, ebenso, daß ihre Tagesliteratur die Arbeiterpresse sein müßte. Dringend zu empfehlen ist, auch dem politischen Teil und vor allen Dingen den Parlamentsberichten Interesse entgegenzubringen. Diese gewähren manchen Einblick in die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens und der politischen Verhältnisse und werden reiche Veranlassung geben, zu versuchen, durch Studium der einschlägigen Literatur tiefer in die Dinge einzudringen.

Die alle 14 Tage erscheinende sozialdemokratische Frauenzeitung **„Die Gleichheit"** bespricht und erläutert die politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen und bringt außerdem neben unterhaltenden auch belehrende Artikel über Hauswirtschaft und Kindererziehung.

Als Einführungsorgan für die verschiedensten Fragen leistet **„Die Arbeiter-Jugend"** außerordentliche Dienste. Ihre belehrenden Artikel sind deshalb auch erwachsenen Arbeitern und Arbeiterinnen sehr zu empfehlen.

Von Zeitschriften sei noch genannt das **„Correspondenzblatt" der Generalkommission der Gewerkschaften,** das an alle organisatorisch tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen gratis abgegeben wird und ausführlich und in erster Linie alle bedeutenden Vorkommnisse des Wirtschaftslebens zur Kenntnis bringt und kritisch betrachtet.

Nachstehend ein Verzeichnis empfehlenswerter Bücher und Broschüren:

„Die Frau und der Sozialismus" (A. Bebel). Dies Buch müßte jede Arbeiterin lesen. Es zeigt die Stellung der Frau in den verschiedenen Zeiten der Kulturentwickelung und der verschiedensten Völker und weist nach, daß die eingetretenen Veränderungen stets durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt waren. Der letzte Abschnitt legt dar, daß endgültige Befreiung die Frau erst in einer zukünftigen Gesellschaftsform erwarten kann. Das Buch wird Anregungen geben, über die Ursachen unterschiedlicher Bewertung von Mann und Frau nachzudenken und Interesse für die Gebiete der Naturwissenschaft, Volkswirtschaft und des Sozialismus wachrufen.

Die Arbeiterinnen im Klassenkampf (E. Ihrer); Die Frauenfrage (Lily Braun); Die Frauen und die Politik (Lily Braun); Zur Frage des Frauenwahlrechts (Clara Zetkin); Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart (Clara Zetkin); Die Frauen und der politische Kampf (Luise Zietz); Die Arbeiterin im Kampf ums Dasein (A. Popp); Die Lage der arbeitenden Klassen in England (Fr. Engels); Lohnarbeit und Kapital (Fr. Engels); Das Erfurter Programm (K. Kautsky); Thomas More und seine Utopie (K. Kautsky); Ferd. Lassalles Reden und Schriften; Die Geschichte der deutschen Sozialdemokraten (Fr. Mehring); Die deutsche Revolution (W. Blos); Die französische Revolution (Mignet); Die Arbeiterfrage (Fr. A. Lange); Wissen ist Macht, Macht ist Wissen (W. Liebknecht).

Gewerkschaftsbewegung und Genossenschaften:

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung (C. Legien); Das Koalitionsrecht in Theorie und Praxis (C. Legien); Die sozialdemokratischen Gewerkschaften (B. Schmöle); Die Gewerkschaftsbewegung (Kulemann); Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung (M. Schippel); Die Geschichte des Bäckerverbandes; Die Geschichte des Buchbinderverbandes; Die Geschichte des Zimmererverbandes; Die Bedeutung und Aufgaben der Gewerkschaftskartelle (P. Umbreit); Die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland (P. Umbreit); Der Stand der gelben Organisation in Deutschland (P. Umbreit); Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland (A. Erdmann); Der Schwindel der klerikalen Arbeiterpolitik (A. Erdmann); Die Schwarzgelben (A. Erdmann); Die deutschen Arbeitgeberverbände (Kessler); Gewerkschaften und Unternehmerverbände (Dr. A. Müller; Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien (A. Bebel); Konsumverein und Arbeiterbewegung (K. Kautsky; Die Genossenschaftsbewegung (G. David).

Arbeiterinnenfrage, Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung:

Die Fabrikarbeit verheirateter Frauen (H. Fürth); Die Hausindustrie in Deutschland (P. Kampffmeyer); Hausindustrie und Heimarbeit (Verl. d. G.-K.); Aus der Berliner Heimarbeit (Enquete des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse); Die Heimarbeit im Erzgebirge und ihre Wirkungen (P. Göhre); Die Weber in der Gegenwart (A. Wilbrandt); Die Stellung der Heimarbeiter zur Errichtung von Betriebswerkstätten (G. Sabath); Der Achtstundentag (Dr. Zadek); Die Arbeiterschutzgesetzgebung (P. Umbreit); Das Kinderschutzgesetz (Käte Duncker); Das proletarische Kind (Otto Rühle); Die deutschen Arbeiterinnenschutzgesetze (Alice Salomon); Der gesetzliche Arbeiterschutz für Jugendliche (R. Schmidt); Die Reform der Arbeiterversicherung (R. Schmidt); Die Mutterschaftsversicherung (Lily Braun); Zur Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes (Luise Zietz); Der Kampf um die Reichsversicherungsordnung (Vorw.-Verlag).

In der Frage des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung ist absichtlich davon abgesehen, die vorhandenen Gesetze zum Studium zu empfehlen. Um sich aus diesen über die betreffenden Materien ausreichend zu informieren, ist mehr als bloßes aufmerksames Lesen erforderlich. Es setzt vielmehr bereits vorhandenes großes Verständnis für die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen und das, was ihnen not tut, voraus. Für Arbeiterinnen, die sich in dieser Weise betätigen, dürfte also ein Hinweis auf die Notwendigkeit sorgfältiger Auswahl ihrer Lektüre nicht mehr nötig sein. Ausdrücklich sei aber hervorgehoben, daß belehrende Artikel über den Arbeiterschutz und die Arbeiterversicherung in großer Zahl im „Correspondenzblatt der Generalkommission", der „Gleichheit", den „Sozialistischen Monatsheften", der „Neuen Zeit", der „Arbeiter-Jugend" sowie in den Gewerkschaftsblättern vorhanden sind. Das von der G.-K. herausgegebene Literaturverzeichnis weist diese und auch andere für Arbeiterinnen wichtige Artikel in großer Zahl nach.

Naturwissenschaft:

Die Darwinsche Theorie (Ed. Aveling); Der Stammbaum der Tiere (W. Bölsche); Die Abstammung des Menschen (W. Bölsche); Die Schöpfungsgeschichte des Lebens (W. Bölsche); Moses oder Darwin (A. Dodel); Geologie (A. Geikie); Unser Wald (Curt Grottewitz); Die Geschichte der Erde (Bomelt).

Unterhaltende Literatur:

Die Werke unserer Klassiker: Goethe, Schiller, Lessing, Heine. Werke moderner Dichter: Ibsen, Björnson, Hauptmann, Sudermann. Ein Rückblick (Bellamy); Der blinde Passagier (Cyth); Hinter Pflug und Schraubstock (Cyth); Als ich noch der Waldbauernbub war (Rosegger); Der Adlerwirt von Kirchbrillun (Rosegger); Als ich das erstemal auf dem Dampfwagen saß (Rosegger); Die Waffen nieder (B. v. Suttner); Die Heiterethel (Otto Ludwig); Aus dem Regen in die Traufe (Otto Ludwig); Die Albigenser (M. Lenau); Michael Kohlhaas (H. v. Kleist); Amphitryon (H. v. Kleist); Der grüne Heinrich (Gottfried Keller); Züricher Novellen (Gottfried Keller); Ihm Uhl (G. Freussen); Peter Moors Fahrt nach Südwest (G. Freussen); Die Judenbuche (v. Droste-Hülshoff); Unruhige Gäste (W. Raabe); Der Sumpf (Sinclair).

Für unsere Frauen.

Ein Frauenseminar für soziale Berufsarbeit.

Um für Frauen, die die soziale Arbeit nicht als Nebenbeschäftigung und als Sport treiben, die für erfolgreiches Wirken in der Oeffentlichkeit notwendige Vorbildung zu geben, ist in diesen Tagen in Frankfurt a. M. ein Verein „Frauenseminar für die soziale Berufsarbeit" gegründet worden. Der Verein will die Besucherinnen des Seminars ausbilden zur Tätigkeit in: öffentlicher Armenfürsorge, kirchlicher und privater Wohltätigkeit, Trinker- und Tuberkulosen-Fürsorge, Kinderschutz, Waisenpflege, polizeilicher Kostkinderpflege, Säuglingsfürsorge, Mutterschutz, Schulpflege, Jugendgerichtshilfe, Stellenvermittelung, Berufsberatung, Anstaltswesen, Wohnungsaufsicht, Fabrik- und Gewerbe-Aufsicht, Polizei- und Gefängnis-Fürsorge (Polizei-Assistentin), Berufsvormundschaft, Fürsorgeerziehung u. a. m. Die Zeit des Studiums soll zwei bis drei Jahre betragen, je nach Vorbildung und Ziel der Schülerinnen. Es wird also ein „teures Studium" werden, das Arbeiterpröstlinge sich nicht leisten können, denen auch das jährliche Schulgeld von 300 Mark unerschwinglich ist. Die anderen